

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE UKRAINE UND DIE »RUSSISCHE WELT« WIRTSCHAFTSSANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Die Ukraine aus Sicht der »Russkij Mir«		2
Wilfried Jilge, Leipzig/Moskau		
■ UMFRAGE		
Russlands Rolle in der Welt		6
Wie sehen Russen die Situation im Donezbecken (d. h., in der Ostukraine)?		7
Die russische Wahrnehmung der Ukraine-Krise		8
■ ANALYSE		
Das Damoklesschwert weitreichender Wirtschaftssanktionen gegen Russland		13
Gunter Deuber, Wien		
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Ukrainische Wahlergebnisse in den Augen russischer Politiker und Experten		23
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Mehr als ein Jahr »Agenten«-Jagd – eine Art Zwischenbericht		25
Jens Siegert, Moskau/Berlin		
■ CHRONIK		
22. Mai – 5. Juni 2013		28



Die Ukraine aus Sicht der »Russkij Mir«

Wilfried Jilge, Leipzig/Moskau

Zusammenfassung

Der aus Sicht der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Staatengemeinschaft völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland lagen neben unterschiedlichen situativen, innen- und außenpolitischen Motiven auch längerfristige ideologische und geopolitische Konzepte zugrunde, die von der russischen Staatsführung sowie kremlnahen Politikern und Ideologen in den letzten Jahren – und während der Ukraine-Krise noch verstärkt – unter dem Begriff »Russkij Mir« propagiert wurden. Die Ukraine wird dabei ideologisch als ein Kernbestandteil dieser »Russischen Welt« und damit eines orthodox-ostslawischen, von Russland geführten und der EU entgegengestellten Orbits vorgestellt. Insofern dient das Konzept der Legitimation des Einbezugs der Ukraine in die angestrebte »Eurasische Union«. Im Rahmen dieses Konzepts werden insbesondere die Gebiete der Ost- und Südukraine zu einem einheitlichen »Süd-Osten« zusammengefasst, in dem mehrheitlich mit der Russischen Föderation eng verbundene »Landsleute« leben, für die Russland eine Schutzfunktion beansprucht. Zugleich wird der »Süd-Osten« der Ukraine als »Neurussland« und damit als eigentlich russisches Territorium verbrämt, um den direkten politischen Einfluss Russlands in der Ukraine historisch zu legitimieren und gegebenenfalls eine freie Selbstbestimmung der Ukraine über die künftige Ausrichtung des Staates zu verhindern. Doch zeigen Forschungen der letzten Jahre und repräsentative Umfragen der jüngsten Zeit, dass sich die Ukraine als Ganzes dem Bild der »Russkij Mir« entzieht und von der Existenz des vom Kreml propagierten »Neurussland« im Osten und Süden des Landes kaum die Rede sein kann.

Die »russische Welt«

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland war eine Reaktion der russischen Führung auf den Machtwechsel in Kiew, den der Kreml – ebenso wie die Europäische Union – nicht voraussehen konnte. Der Annexion lagen unterschiedliche situative, außen- und innenpolitische Motive zugrunde, die hier nicht im Einzelnen darstellbar sind.

Die Politik Russlands gegenüber der Ukraine ist darüber hinaus auch im Kontext von politischen Konzepten zu sehen, die unter dem Begriff »Russkij Mir« (»Russische Welt«) bereits in den letzten Jahren entwickelt und bezüglich der Ukraine seit 2010 – nicht zuletzt mit Unterstützung prorussischer und panslawischer Ideologen der ukrainischen Partei der Regionen (PdR) – verstärkt propagiert wurden. »Russkij Mir« ist zunächst der Name einer von Staatpräsident Putin im Jahre 2007 per Erlass gegründeten Stiftung, die die russische Sprache und Kultur im Ausland, insbesondere in postsowjetischen Staaten fördern und popularisieren soll. In der gleichnamigen geopolitischen Konzeption wird die Ukraine (häufig ohne das ‚nationalistische‘ Galizien) ideologisch als ein Kernbestandteil einer von Russland geführten »Russischen Welt« und damit eines orthodox-ostslawischen, der EU entgegengestellten Orbits vorgestellt. Insofern dient das Konzept der »Russkij Mir« auch der geschichtspolitischen und ideologischen Begründung, dass die Ukraine Bestandteil der angestrebten »Eurasischen Union« sein müsse. Insgesamt handelt es sich bei der Konzeption der Russkij Mir um ein Konglomerat verschiedener Strömungen des

antiwestlichen, antiliberalen und neoimperialen russischen Nationalismus.

Grundlagen dieser von Moskau geführten Russkij Mir sind u. a. die »Heilige Rus« und die mit ihr verbundene ethno-kulturelle Gemeinschaft der ostslawischen Völker der Russen, Ukrainer und Belorussen, die Russische Orthodoxe Kirche und die aus ihr abgeleitete stark antiliberal eingefärbte ostslawische Geistigkeit, russische Sprachkultur und nicht zuletzt der nicht hinterfragte sowjetische Mythos vom gemeinsamen »Sieg über den Faschismus« im »Großen Vaterländischen Krieg«. Letzterer bildet in der russischen Propaganda bei der Beleuchtung der Ereignisse in Kiew und der vermeintlich dort herrschenden faschistischen Gruppen eine zentrale geschichtspolitische Projektionsfläche. Dieses Konzept der Russkij Mir stößt in der Ukraine zwar nicht überall auf Zustimmung; in modifizierter Form diente es aber der PdR zwischen 2010 und 2012 als Agitationsinstrument zur Mobilisierung prorussischer, teilweise ukrainophober Wählerschichten im äußersten Osten und Teilen des Südens der Ukraine. Diese Gruppen, die eine Vereinigung der Ostukraine mit Russland bevorzugen, bilden zwar auch im Osten keine Mehrheit, können aber beispielsweise im Donbass noch bis zu 25–35 % ausmachen. Sie sind insbesondere mit Hilfe radikaler russischer, zum Teil gewaltbereiter Kräfte, die in den letzten Monaten zahlreich aus Russland in die Gebiete im Osten und Süden drangen, für antiukrainische Demonstrationen und Aktionen zur Destabilisierung der öffentlichen Ordnung in den östlichen Regionen mobilisiert worden.

Der Neurussland-Diskurs

Aus der Sicht der Ideologen und Politiker, die die Russkij Mir propagieren, sind die Ukrainer insbesondere in dem als einheitlich prorussisch vorgestellten »Südosten« (mit den östlichen Gebieten Doneck und Luhansk, den südöstlichen Gebieten Dnipropetrowsk und Saporischshja sowie den südlichen Gebieten Mykolajiw, Odessa und Cherson und der Halbinsel Krim), bisweilen aber auch in der Zentralukraine Teil jener »Landsleute« (sootetschestwenniki) im »nahen Ausland«, für die Russland eine Schutzfunktion beansprucht. Der Begriff »Landsleute« wird dabei gesetzlich weit definiert: Es kann sich um ethnische Russen, Russischsprachige oder solche Personen handeln, die geistig, kulturell und rechtlich mit Russischen Föderation verbunden sind. In Bezug auf Bürgerinnen und Bürger der Ukraine vollzieht Russkij Mir daher eine autoritäre Identitätsbehauptung, die große Teile der Ukrainer auf die Zugehörigkeit zu einer ostslawischen Gemeinschaft festlegt, die sich außenpolitisch und außenwirtschaftlich ‚natürlicherweise‘ an Russland orientiert. Russische Ideologen, wie z. B. der Politologe Jewgenij Morosow haben diese Sichtweise bereits seit den 1990er Jahren durch geo- und geschichtspolitisch motivierte Raumkonstruktionen, die die modernen ukrainischen Nationsbildungsprozesse in diesen Gebieten nahezu oder gänzlich ignorieren, unter dem Begriff »Neurussland« (»Noworossija«) zu legitimieren versucht. Neurussland ist eine historische russische Bezeichnung für die Steppengebiete nördlich des Schwarzen und Asowschen Meeres, die in der Mitte bzw. am Ende des 18. Jahrhunderts dem Russischen Reich einverleibt wurden. Bei Morosows »Theorie Neurusslands«, die in den letzten Jahren auch von prorussischen Föderalisten in der Ukraine (z. B. auf der Krim) positiv rezipiert wurde, handelt es sich um einen »weiträumigen Raum« zwischen dem Nordkaukasus und Transnistrien, der als integraler Bestandteil der »russischen Zivilisation« gilt. Die dort lebenden Neurussen hätten unbeirrbar die kulturelle und ökonomische Einheit dieses Raumes verteidigt und seien heute in der Lage, eine führende bzw. erneuernde Rolle für die »Russkij Mir« zu spielen.

An solche weitgespannten Neurussland-Diskurse kann die heutige Kreml-Führung flexibel anknüpfen, um ihre Ziele gegenüber der Ukraine aufgrund der gegenüber den »Landsleuten« im »Südosten« behaupteten Schutzfunktion der Russischen Föderation historisch zu legitimieren, ohne freilich solche Konzepte vollständig umsetzen zu müssen. Nach Recherchen der regierungskritischen Moskauer Zeitung »Nowaja Gaseta« vom 26. Mai 2014 (<<http://www.nowaygazeta.ru/politics/63733.html?p=2>>) sind in der Ukraine bereits seit November 2013 russische Medienagenturen propagandistisch gegen den Kiewer Maidan tätig, hinter denen –

teilweise als Financier oder Eigentümer – der kremlnahe und mit Präsident Putin persönlich bekannte Unternehmer Jewgenij Prigoshin steht, und die das »Neurussland-Konzept« in den Informationskrieg gegen die Ukraine einspeisen. Laut »Nowaja Gaseta« starteten PR-Leute Prigoshins im November in Simferopol ein »PROJEKT zur Organisation der Tätigkeit, die auf eine Stärkung des Einflusses der Russischen Föderation auf dem Gebiet der Autonomen Republik Krim, des Süd-Ostens der Ukraine (Neurusslands) sowie der Ukraine insgesamt zielt«. Bereits hier wurde also das Wort »Neurussland« in seiner für die Gebiete des Ostens und des Südens der Ukraine relevanten Bedeutung in die Propaganda-Arbeit eingeführt. Der russische Präsident Putin hat bereits in seiner Krim-Rede vom 18. März 2014 den Anschluss der Krim in einen Zusammenhang mit dem weiteren »Bestreben der Russkij Mir und des historischen Russland zur Wiederherstellung der Einheit« gestellt. Dabei drückte er auch sein Unverständnis für die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki aus, die nach der Revolution 1917 »bedeutende Territorien des historischen Südens Russlands«, d. h. des »heutigen Süd-Ostens der Ukraine« ohne Berücksichtigung ihrer ethnisch-nationalen Zusammensetzung in den Bestand der Sowjetunion einbezogen hätten. In einer Pressekonferenz vom 17. April 2014 stellte er klar, dass es sich beim Süd-Osten der Ukraine aus seiner Sicht eigentlich um russische Territorien handelt: »Wenn man noch die zarische Terminologie benutzt, dann möchte ich sagen, dass das nicht Ukraine ist, sondern Neurussland.« Damit befeuerte er zugleich Projekte prorussischer Separatisten und Terroristen in der Ukraine, die einen Zusammenschluss der Pseudo-Republiken im Donbass zu einem unabhängigen Staat »Neurussland« anstreben, dem, so das jüngst erklärte Ziel der Separatisten, künftig auch die Gebiete des ukrainischen Südens angehören sollen. Putin spricht damit das politische Hauptziel an, das aus der Russkij Mir abgeleitet wird und zum »patriotischen Konsens« (Gerhard Simon) gehört: die Wiederausführung des ostslawischen Kernbestandteils der einstigen Sowjetunion, deren Verlust von vielen Russen – und nicht zuletzt von Putin selbst – bis heute beklagt wird. In Bezug auf die Ukraine hatte Russland bereits vor der Krim-Krise massive ökonomische Druckmittel eingesetzt; das Bedenkliche ist nun, dass der Kreml glaubt, im Gefühl scheinbar wiedergewonnener Stärke notfalls auch militärische Mittel anwenden zu können, um dieses Ziel Schritt für Schritt zu verwirklichen.

Das Spektrum überwiegend ukrainischer Identitäten

Die tatsächlich zu beobachtenden komplexen Verhältnisse in der Ukraine zwischen sprachlichen Gewohn-

heiten, politischen Präferenzen wie auch staatlichen und nationalen Zugehörigkeiten werden durch das Konzept von Russkij Mir und Neurussland ausgeblendet und die Existenz eines eigenständigen ukrainischen nationalen Bewusstsein fast oder völlig übergangen. So fördert dieses Konzept die Missachtung der staatlichen Souveränität der Ukraine und dient der Legitimation geopolitischer Ziele im ostslawischen »Bruderstaat«.

Die in der Ukraine tatsächlich zu beobachtenden Verhältnisse entziehen sich sowohl dem Bild einer »Ost-West-Spaltung« des Landes als auch dem Bild eines einheitlichen »Süd-Ostens« oder »Neurusslands« sowie der aus »Russkij Mir« abgeleiteten Identitätsbehauptung. In einschlägigen Umfragen der letzten Jahre bezeichnet eine überwältigende Mehrheit in fast allen Gebieten des Landes die Ukraine als ihr Vaterland, wobei die Werte für die Krim stets etwas niedriger ausgefallen sind als in den übrigen Regionen. Insgesamt bildet die Ukraine ein Spektrum von sprachlich-kulturellen Identitäten, in dem die fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung beherbergende Zentralukraine nach Osten und Süden hin integrierend wirkt. Vor allem in der Zentralukraine stehen sprachliche Präferenzen einerseits und politische Orientierungen andererseits nicht in einem eindeutigen Verhältnis. So bevorzugen die Zentralukrainer in einzelnen Gebieten mehrheitlich die russische Sprache, identifizieren sich aber stark mit nationalukrainischen Traditionen. Die Erfolge nationaldemokratischer Parteien, die in einzelnen Gebieten im Verlauf der zweiten Amtszeit von Präsident Kutschma (1999–2004) zu beobachten waren, sowie die Bevorzugung der Europäischen Union gegenüber einer von Russland geleiteten Zollunion korreliert hier mit im Zuge der Krise zwar zurückgegangenen, aber immer noch starken Sympathien für das russische Nachbarvolk: Laut einer vom Kiewer Rasumkow-Zentrum zwischen dem 25. und 29. April 2014 durchgeführten repräsentativen Umfrage halten 55,3% der Zentralukrainer Ukrainer und Russen immer noch für »Brudervölker«, 66% der Zentralukrainer aber sprechen sich für den Beitritt zur EU aus (gegen einen Beitritt: 17,9%). Ähnliche Veränderungen wie in der Zentralukraine vollziehen sich seit einigen Jahren auch in Teilen der Süd- und Südostukraine. Im südukrainischen Gebiet Cherson errangen die Parteilisten der eher prowestlichen Oppositionsparteien bereits bei den Parlamentswahlen 2012 eine Mehrheit gegenüber der »Partei der Regionen«. Dieser Trend hat sich bei den Präsidentenwahlen am 25. Mai offensichtlich bestätigt, selbst wenn man berücksichtigt, dass die Wahlbeteiligung im Süden niedriger als im Westen oder im Zentrum ausgefallen ist: Für Petro Poroschenko stimmten im Gebiet Cherson laut der Zentralen Wahlkommission der Ukraine 48,71%, für Julia Tymo-

schenko 11,48% (Gebiet Mykolajiw: 45,97/ 9,74; Dnipropetrowsk: 44,72/ 9,43; Odessa: 41,78/ 9,74). Trotz der in der Krise besonders stark hervortretenden politischen Unterschiede zwischen dem äußersten Osten (Donbass) und Teilen des Südens einerseits und dem äußersten Westen (Galizien) andererseits, gibt es im Osten und Süden ungeachtet der von radikalen Kräften aus Russland und örtlichen Separatisten angeführten prorussischen Bewegungen keine Mehrheiten für einen Austritt aus der Ukraine und den Anschluss an einen anderen Staat: In einer vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) vom 29. April bis 11. Mai 2014 durchgeführten Umfrage sprechen sich ukraineweit nur 4,7% für einen Austritt ihrer Region aus der Ukraine und den Anschluss an einen anderen Staat aus. 53,2% sind für die Beibehaltung des Status ihrer Region in einem unitären Staat bei erweiterten Vollmachten für die Gebiete, und nur 6,9% befürworten eine Autonomie der jeweiligen Region innerhalb einer föderalen Ukraine. Auch sind die Einstellungen im Süden und Osten außerhalb des Donbass bemerkenswert: Im Süden möchten 23,4% in einem unveränderten unitären Staat leben, 58,9% bevorzugen die Beibehaltung des Status in einem unitären Staat bei erweiterten Vollmachten der Gebiete, nur 7% unterstützen eine Autonomie der jeweiligen Region in einer föderalen Ukraine und nur 0,5% sind für den Austritt ihrer Region aus der Ukraine (im Osten mit Charkiw, Zaporishshja, Dnipropetrowsk: 17,8/ 55,2/ 9,5/ 2,1). Nur im Donbass (Gebiete Luhansk und Donezk: 9,3/ 25,7/ 23,5/ 8,4) befürworten deutlich mehr Respondenten eine Autonomie ihrer Region in einer föderalen Ukraine und die Werte für einen Austritt aus der Ukraine sind mit 8,4% sichtbar höher als im Süden und im übrigen Osten. Gleichwohl unterstützt auch hier eine deutliche Mehrheit den Verbleib der eigenen Region in der Ukraine und die Befürworter einer durchgreifenden Föderalisierung des Landes bilden noch nicht mal hier eine Mehrheit. Allerdings ist aufgrund der im Laufe des Mai beobachtbaren weiteren Verschärfung der gewaltsamen Auseinandersetzungen dieser Befund noch mit Vorsicht zu genießen: Im Donbass ist die schweigende proukrainische Mehrheit nicht gefestigt und in Fragen der staatlichen Loyalität zur Ukraine sind Teile der Bevölkerung indifferenter als im Süden. Fällt in Umfragen beispielsweise die Alternative einer Wahl zugunsten der Autonomie der eigenen Region in einer föderalen Ukraine weg, sprechen sich im Donbass erheblich mehr der Befragten – wenn auch keineswegs die Mehrheit – für eine Vereinigung mit Russland aus (Umfrage von KIIS und der Stiftung »Demokratische Initiativen«, 8.2.–18.2.14: Donezk 33%, Luhansk 24%). Insgesamt zeigen die Zahlen zur Südukraine und der übrigen Ukraine aber, dass die von Russland immer

wieder geforderte durchgreifende Föderalisierung der Ukraine im »Südosten« keineswegs auf ungeteilte und einheitliche Zustimmung stößt. Außerdem sind die Sympathien für Russland im Süden und Osten nicht so eindeutig, wie es das Neurussland-Konzept impliziert: Aufschlussreich ist die vom KIIS vom 7. bis 9. 3. 2014 durchgeführte Umfrage, wonach 54,5% der im Osten Befragten die Ermächtigung des russischen Föderationsrates vom 1. 3. 2014 zum Einsatz russischer Streitkräfte in der Ukraine »ausdrücklich« und 13,9% sie »eher verurteilen« (Süden: 64,6/ 8,7; Ukraine insgesamt: 77,1/ 6,2). Umfragen zur Wahl zwischen einem Beitritt der Ukraine zur EU einerseits und einem Beitritt zur Zollunion andererseits weisen 2014 ukraineweit stabile Mehrheiten zugunsten der EU auf: In der erwähnten Umfrage des Rasumkow-Zentrums äußerten sich ukraineweit 53,4% für die EU und 33,4% für die Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan.

EU und Zollunion

Die alternativlose Frage, ob die Ukraine der EU beitreten soll, wird im Westen und im Zentrum des Landes eindeutig bejaht (88,2% und 66%), im Süden aber von 54,4% und im Osten von 59,7% der Befragten verneint. Doch bedeutet dies im Umkehrschluss nur im Osten, dass hier eine klare relative Mehrheit für die Zollunion ist. Im Süden (Mykolajiw, Odessa, Cherson) fallen die Einstellungen differenzierter aus: Auf die Frage, welche

Richtung der Integration die Ukraine einschlagen soll, sprechen sich im Süden 29,4% für einen Beitritt zur EU und 24,3% für die Zollunion aus, während 35% der Befragten weder den Beitritt zur EU noch den zur Zollunion befürworten.

Bei der Präferenz für die EU handelt es sich weniger um eine Entscheidung gegen den russischen Nachbarn, als vielmehr um eine Wahl zugunsten einer inneren Modernisierung des Landes auf der Basis von mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, um sich eines korrupten politischen Systems zu entledigen. Für dieses Ziel hat die überwiegende Mehrheit der Menschen auf dem Maidan demonstriert. Die Zollunion dagegen wird in dieser Sicht mit dem autoritären Gesellschaftsmodell Russlands in Verbindung gebracht, das als nicht zukunftsweisend angesehen wird. Die auf den ersten Blick vom Kreml kalt, souverän und zügig durchgeführte Annexion der Krim, mit der eine massive diplomatische Isolierung, Sanktionen und damit für Russland möglicherweise schmerzhaft ökonomische Konsequenzen in Kauf genommen wurden, und auch das aggressive Verhalten gegenüber der Ukraine während der Krise wirken in diesem Licht eher wie Verzweiflungstaten, die Ukraine in der »Russischen Welt« zu halten. Denn sie sind das Ergebnis eines auf Einflussphären verengten geopolitischen Denkens, das eben jene gesellschaftlichen Entwicklungen übersehen hat, die die tiefere Ursache für die Veränderungen in der Ukraine bilden.

Über den Autor

Wilfried Jilge ist Osteuropahistoriker und Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Er lebt zur Zeit in Moskau.

Lesetipps:

Bei dem Beitrag handelt es sich um einen veränderten, ergänzten und aktualisierten Auszug aus einem Aufsatz, der jüngst in einem Sammelband beim Suhrkamp-Verlag erschienen ist:

- Wilfried Jilge: Was treibt Russland? Zum Hintergrund der Ukraine-Krise. In: Juri Andruchowytch (Hrsg.): Euro-maidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht, Berlin: Edition suhrkamp, 2014, S. 183–194.
- Gasimov, Zaur: Idee und Institution. *Russkij Mir* zwischen kultureller Mission und Geopolitik. In: Osteuropa 62.2012, Nr. 5, S. 69–80.

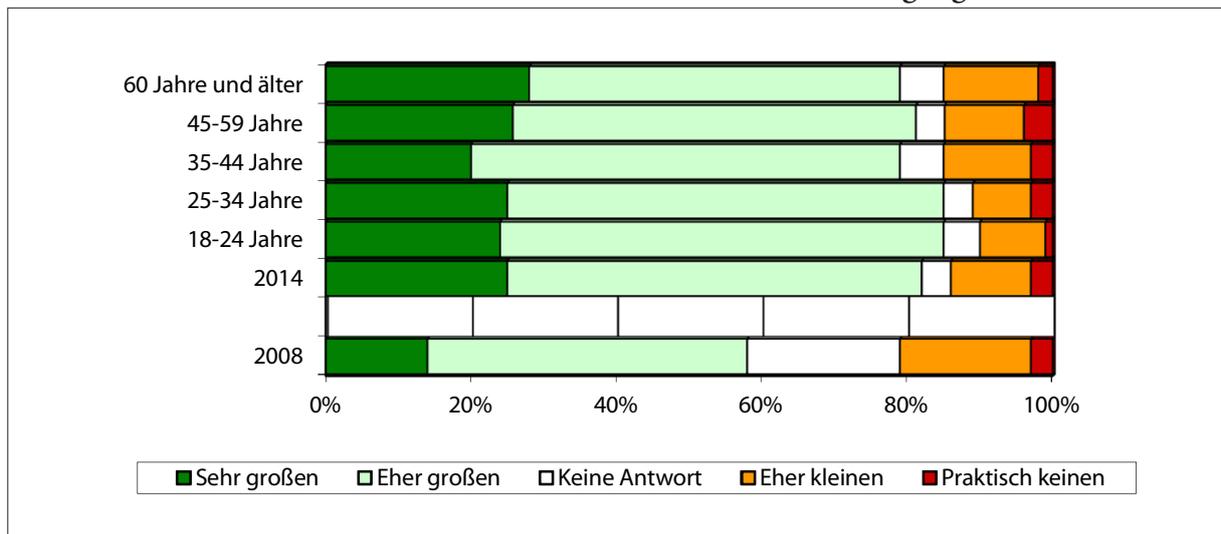
Für Wahlergebnisse und ukrainische Umfragen wird auf folgende Websites verwiesen (ukrainisch bzw. russisch):

- Homepage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS): <<http://www.kiis.com.ua>>
- Homepage der Zentralen Wahlkommission der Ukraine (ZWK): <<http://cvk.gov.ua>>

UMFRAGE

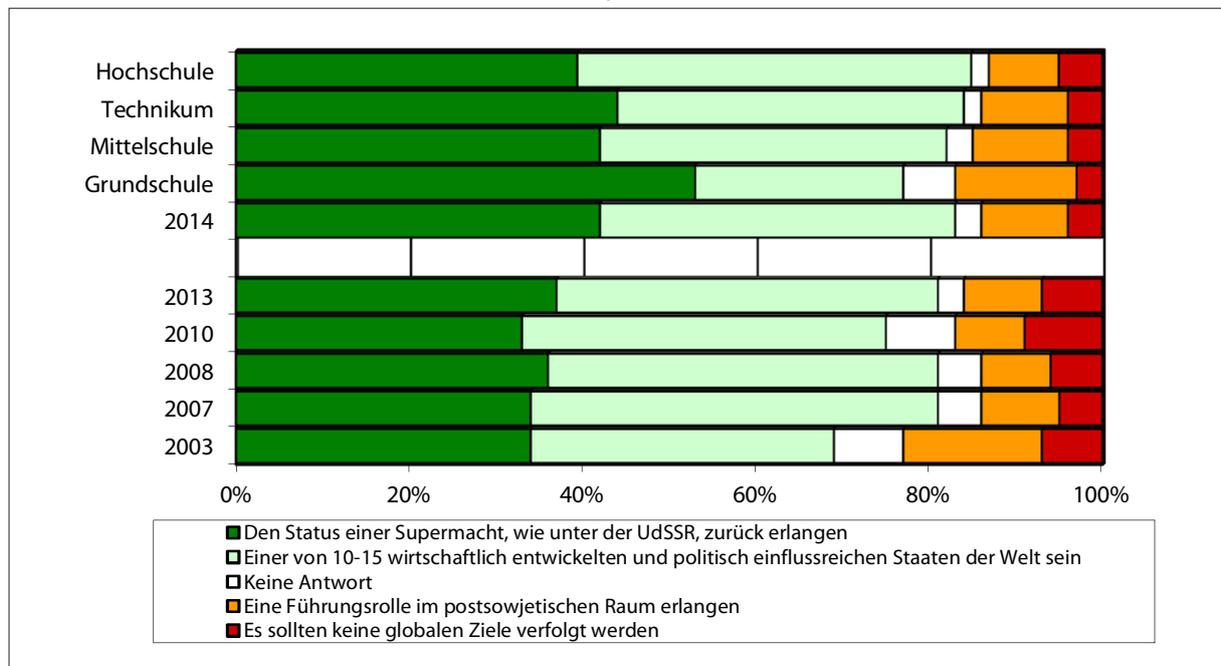
Russlands Rolle in der Welt

Grafik 1: Welchen Einfluss hat Russland heute auf internationale Angelegenheiten?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 12.–13. April 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 29. Mai 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114840>>

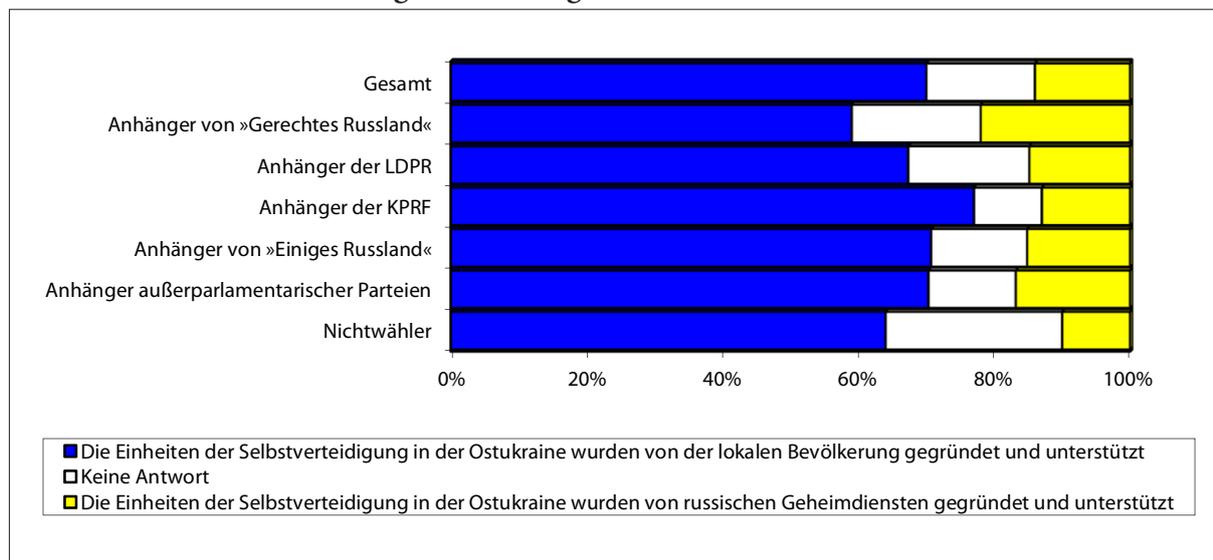
Grafik 2: Welches Ziel sollte Russland im 21. Jahrhundert anstreben?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 12.–13. April 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 29. Mai 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114840>>

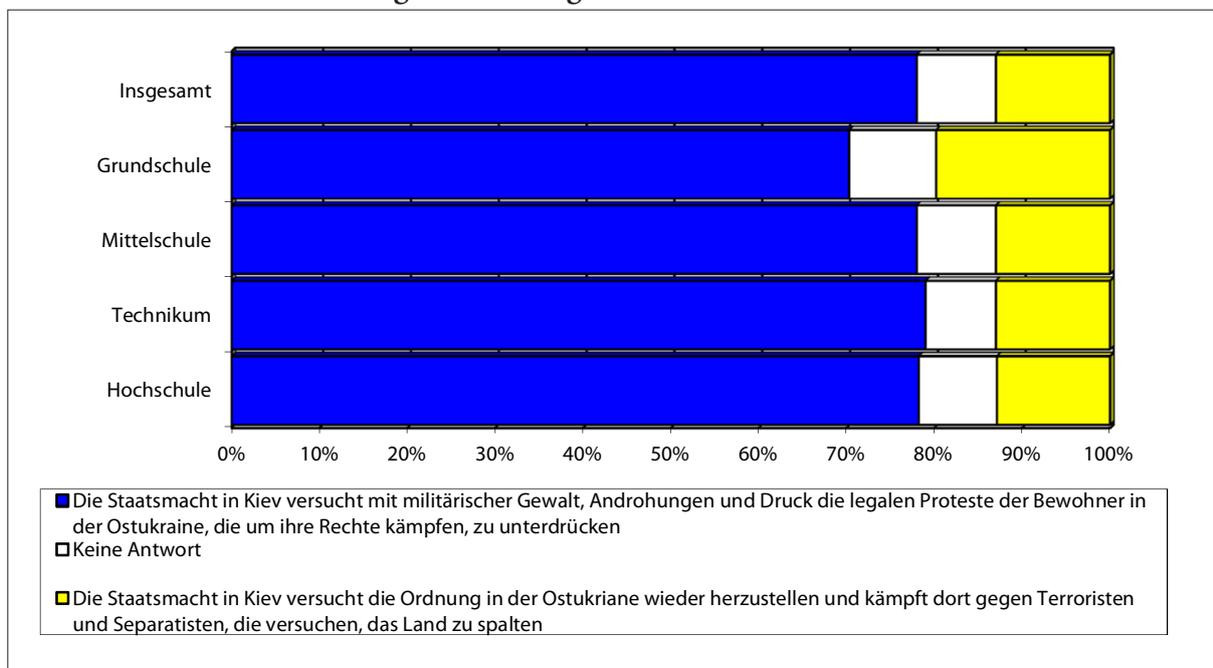
Wie sehen Russen die Situation im Donezbecken (d. h., in der Ostukraine)?

Grafik 3: Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten überein?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 26.–27. April 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 20. Mai 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114831>>

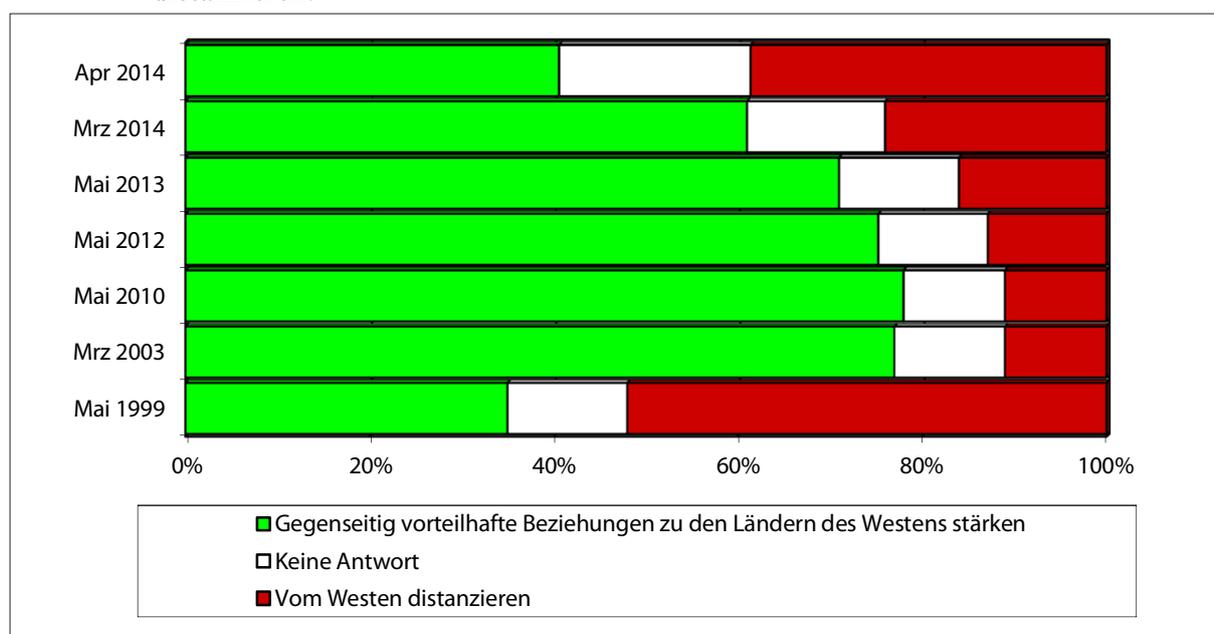
Grafik 14: Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten überein?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 26.–27. April 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 20. Mai 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114831>>

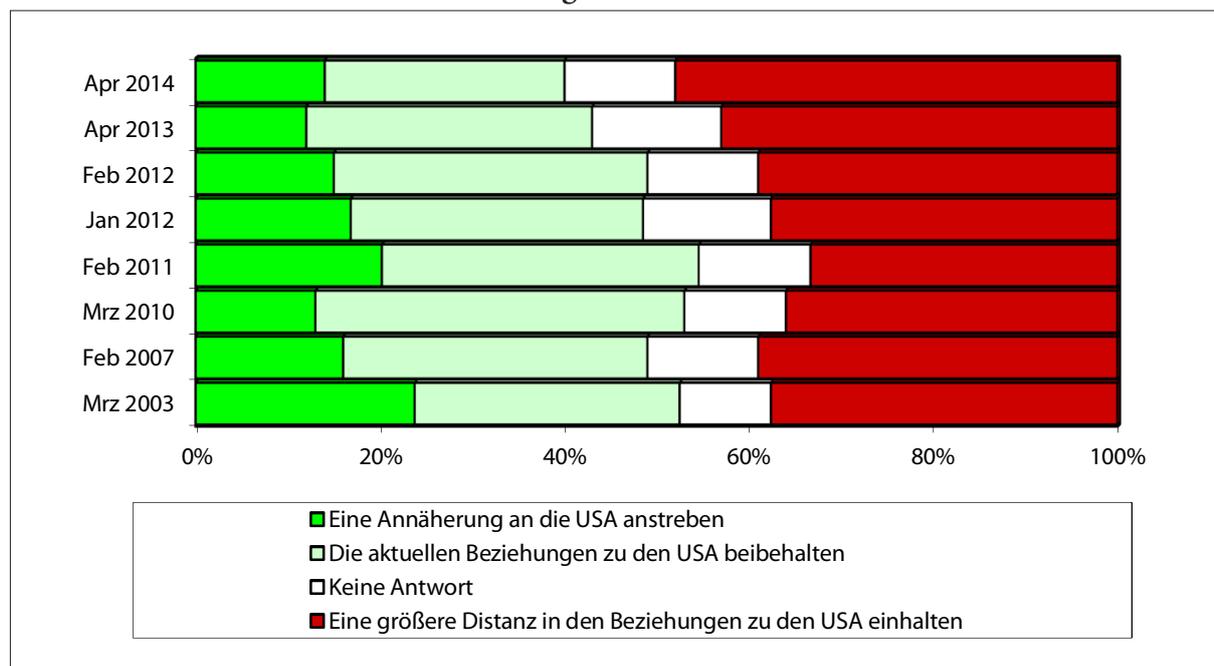
Die russische Wahrnehmung der Ukraine-Krise

Grafik 5: Sollte Russland aktuell die Beziehungen zum Westen stärken oder sich von ihm distanzieren?



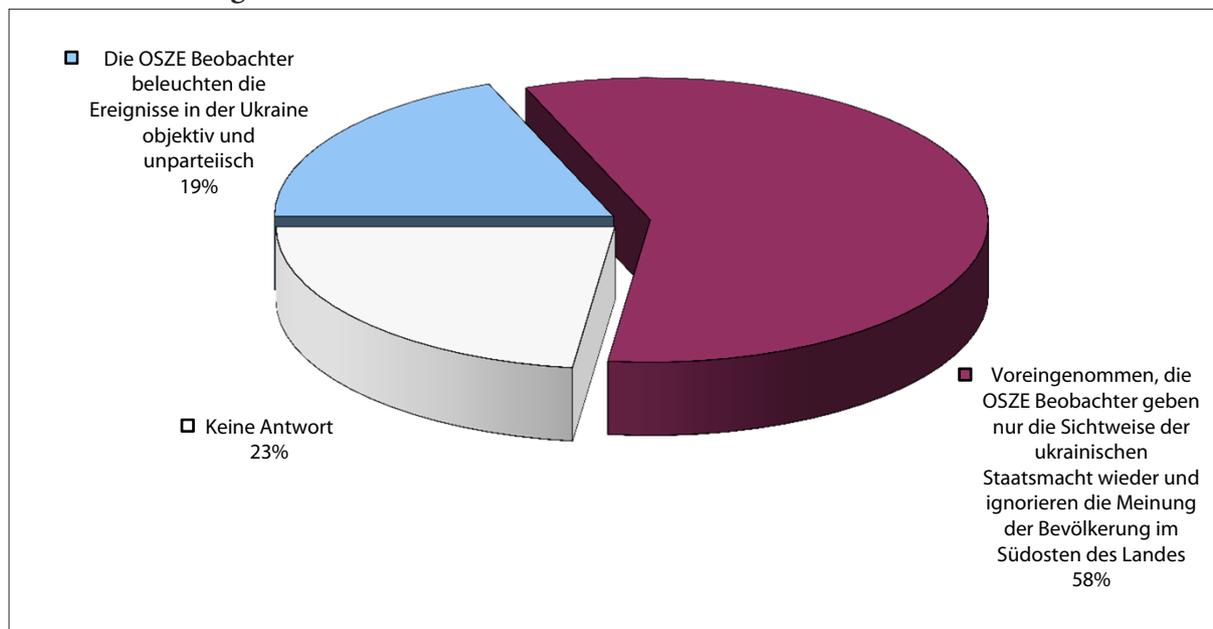
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 6: Sollte die russische Staatsführung in ihrem außenpolitischen Kurs eine Annäherung an die USA anstreben oder eine größere Distanz zu ihnen einhalten?



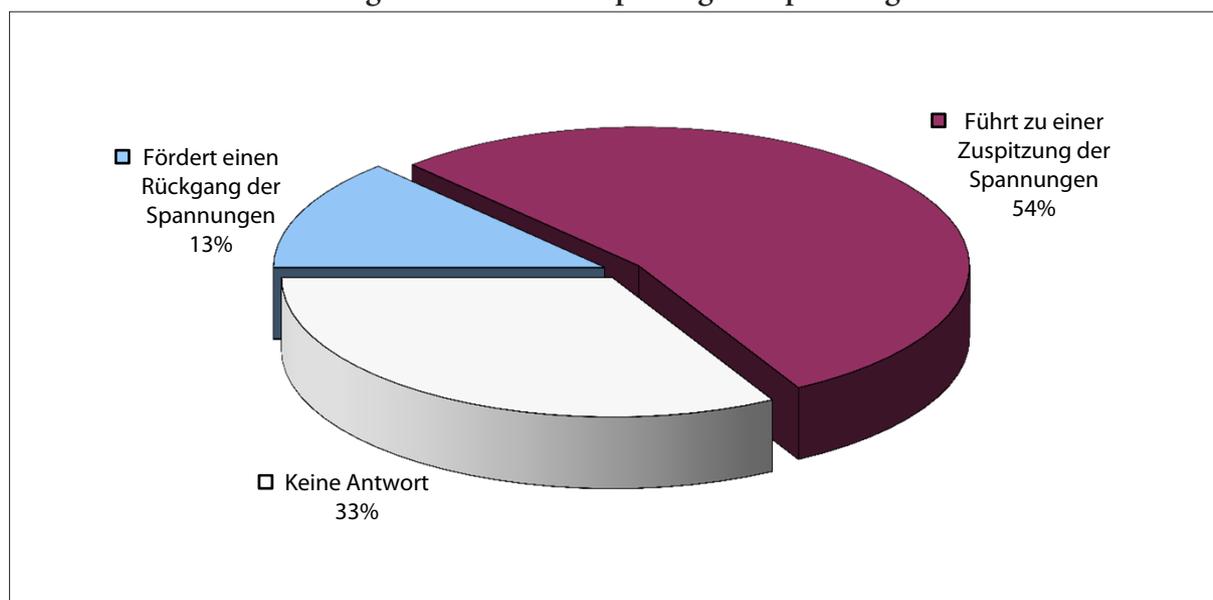
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 7: Geben die Beobachter der OSZE die Ereignisse in der Ukraine objektiv oder voreingenommen wieder?



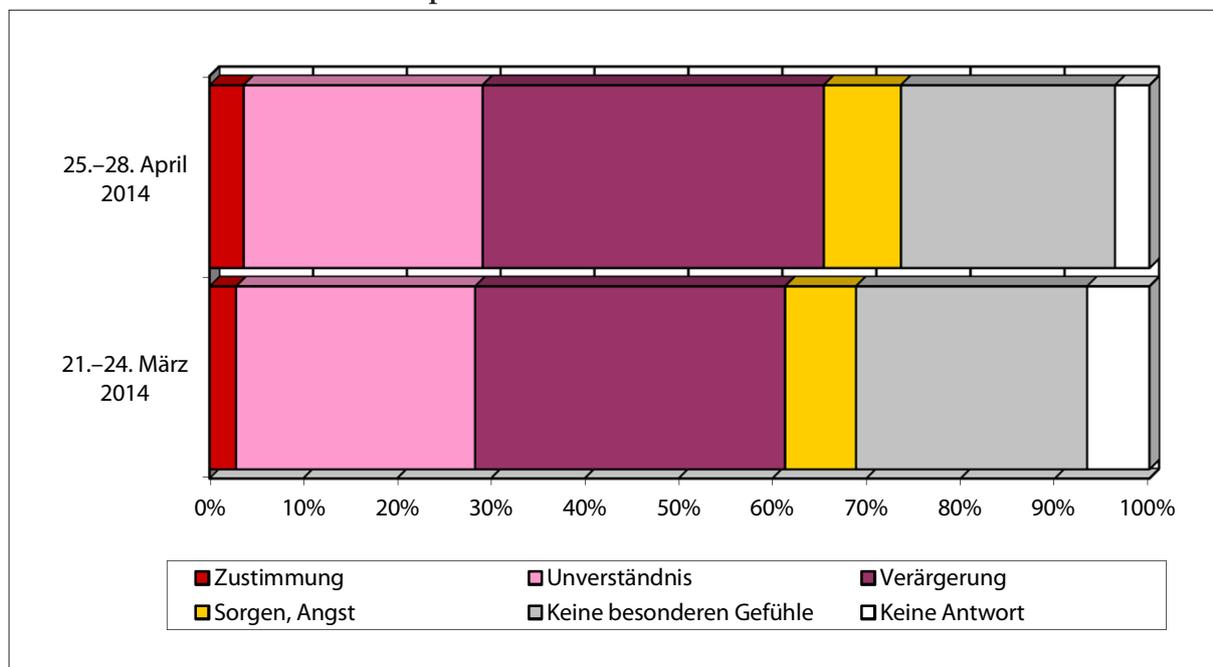
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 8: Bewirken die Aktivitäten der OSZE Mission einen Rückgang der Spannungen oder führen sie im Gegenteil zu einer Zuspitzung der Spannungen in der Ukraine?



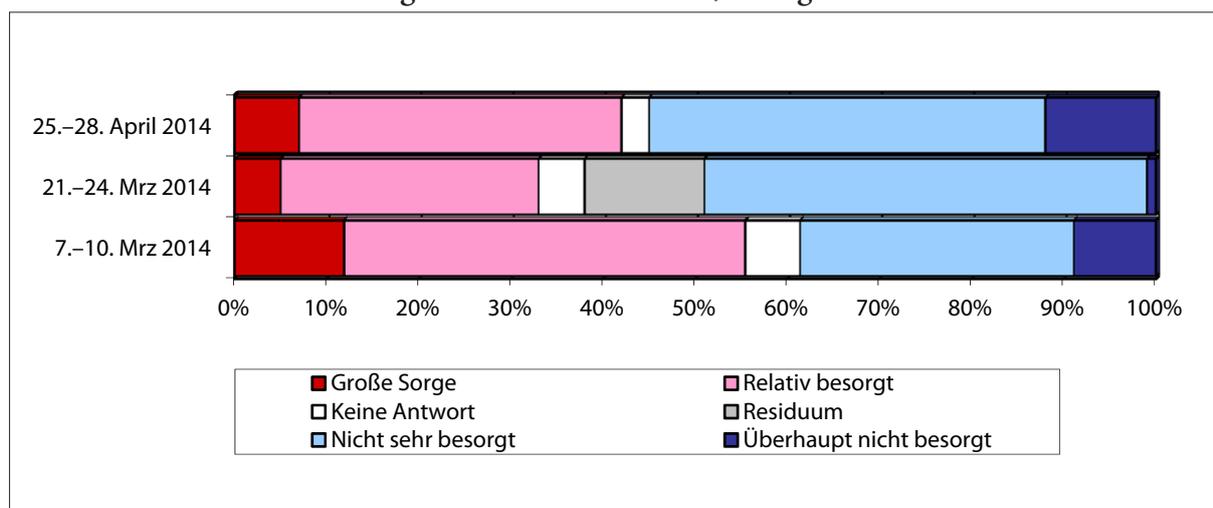
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 9: Welche Gefühle löst bei Ihnen die Verhängung von Sanktionen gegen Russland durch die Mehrheit der europäischen Staaten und den USA aus?



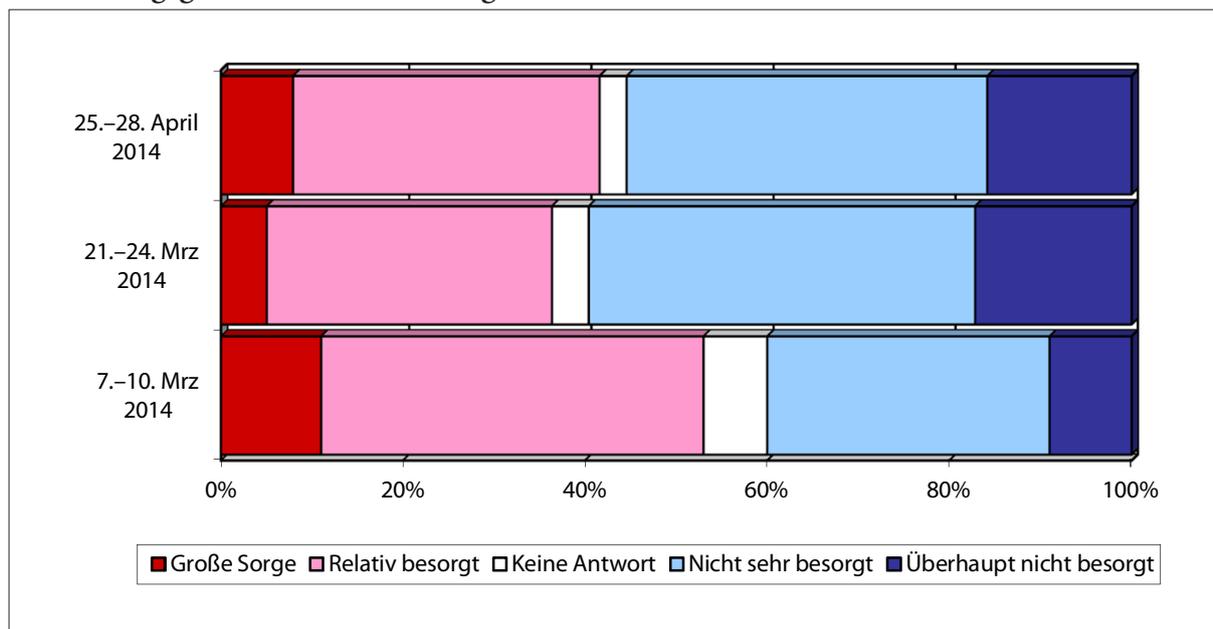
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 10: Macht Sie die internationale Isolation Russlands auf Grund der Position, die die russische Staatsführung zur Ukraine einnimmt, besorgt?



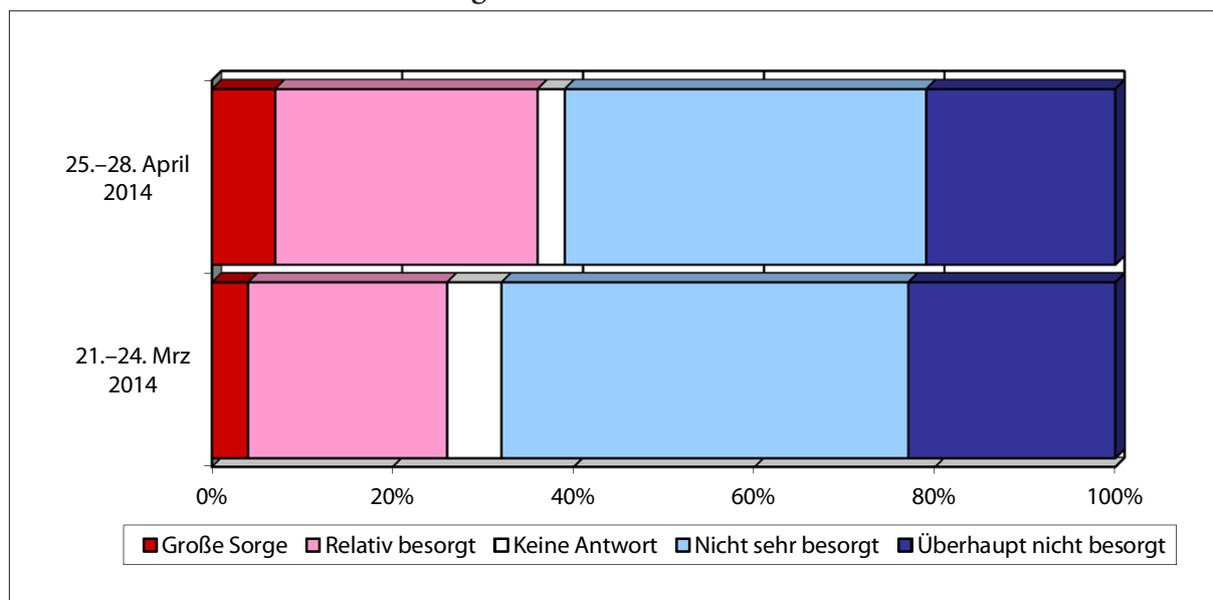
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 11: Machen Sie die politischen und ökonomischen Sanktionen der Länder des Westens gegenüber Russland besorgt?



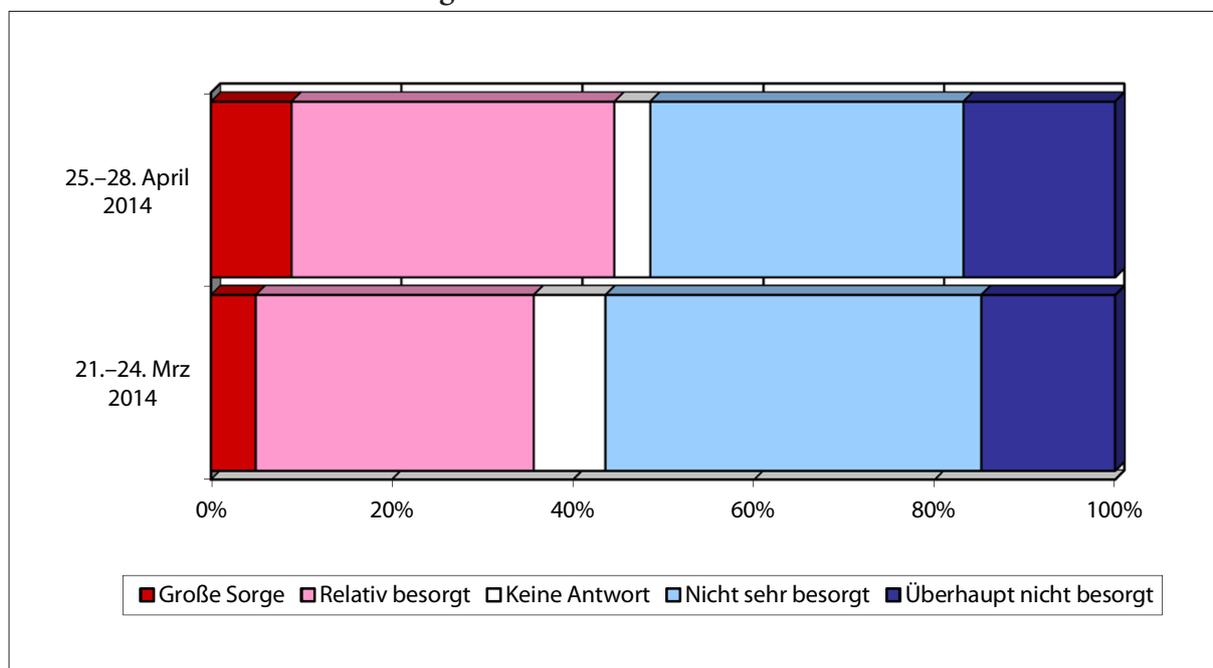
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.-28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 12: Macht Sie der mögliche Lieferstopp von Waren und Produkten aus Ländern des Westens nach Russland besorgt?



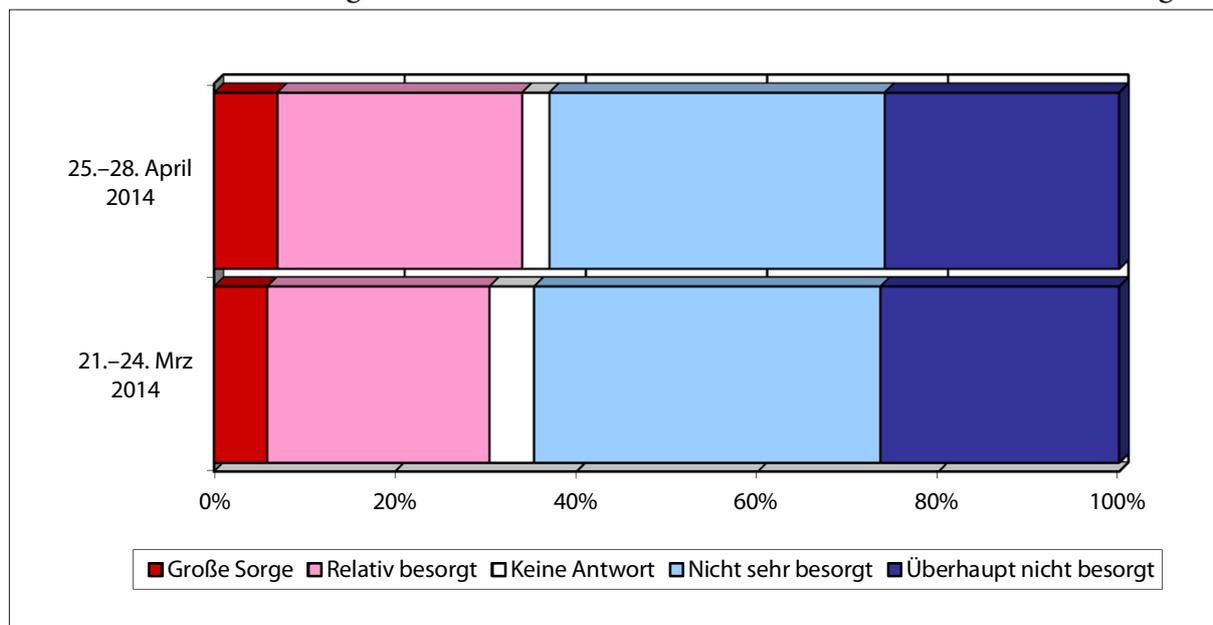
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.-28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 13: Macht Sie der mögliche Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine besorgt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Grafik 14: Machen Sie mögliche Hindernisse bei der Einreise in Länder des Westens besorgt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April, N = 1602. Veröffentlicht am 12. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>>

Das Damoklesschwert weitreichender Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Gunter Deuber, Wien

Zusammenfassung

Die gegenwärtige geopolitische Konfrontation zwischen Russland und den führenden westlichen Industrienationen, in erster Linie mit den USA, hat bereits merkliche Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Auch wenn die bisherigen Wirtschaftssanktionen eher symbolischer Natur sind, ist schon auf der aktuellen – zweiten – Eskalationsstufe 2014 mit einer milden Rezession und 2015 nur mit sehr bescheidenem Wachstum zu rechnen. Diese Prognose ist im Vergleich zu Projektionen einiger anderer Institutionen – etwa der russischen Notenbank oder des Internationalen Währungsfonds, die beide 2014 noch leichtes Wachstum erwarten – verhältnismäßig pessimistisch. Aber die Sanktionen treffen die russische Wirtschaft in einer sehr schwachen Verfassung, die Effekte auf die Finanzierungsbedingungen auf dem nationalen und internationalen Finanzmarkt sind erheblich, und es wurde zudem viel Vertrauenskapital zerstört. Mögliche langfristige ökonomische Konsequenzen der aktuellen Situation und einer denkbaren weiteren Verschärfung der Sanktionen – eventuell vorangetrieben von den USA – sind derzeit noch nicht komplett abzusehen, aber keinesfalls gering zu schätzen. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Modernisierung und Umgestaltung bzw. das langfristige potentielle Wachstum der russischen Volkswirtschaft.

Sanktionen noch mit geringen unmittelbaren Auswirkungen

Die führenden Industriestaaten (USA, Japan, Kanada und die großen EU-Länder) haben Sanktionen gegen etwa 60 russische Personen, u. a. hochrangige Konzernmanager, ausgesprochen. Sie beschränkten sich auf Reisebeschränkungen und Kontensperren. Die Sanktionen der USA gehen weiter und umfassen zudem einige wenige Unternehmen und Banken, v. a. kleinere Firmen oder Banken, bei denen direkte und explizite Verbindungen zur politischen Elite auf der Krim bzw. besondere Beziehungen zur politischen Elite in Moskau evident sind. Bislang wurde die Wirtschaft Russlands jedoch noch nicht merklich getroffen. Die vier auf der US-Sanktionsliste stehenden Kreditinstitute (Bank Rossija, Sobin Bank, InvestCapitalBank und Bank SMP) zum Beispiel stehen nur für ein Prozent der Bankenaktiva in Russland. Sie sind damit national nicht systemrelevant. Als weitergehenden Schritt haben bislang nur die USA ein Exportverbot für höherwertige *dual-use*-Technologiegüter verhängt.

Bislang implementieren die USA, EU und Kanada oder Japan ihre verhängten Sanktionen nicht einheitlich. Die Listen der betroffenen Personen und Firmen sind nicht abgestimmt, was für die Betroffenen einen Umgehungsspielraum eröffnet. Die Führung Russlands zeigt sich laut einiger Beobachter durch die bereits verhängten Sanktionen bzw. die Sanktionsdrohungen des Westens wenig beeindruckt. Es scheint sogar, dass die Sanktionen genutzt werden, um längerfristige innen- oder außenpolitische Ziele zu befördern; etwa das De-Offshoring, eine reduzierte Integration in die Weltwirt-

schaft oder die Hinwendung zu anderen aufstrebenden Ländern, beispielsweise nach China. Zudem ist aus russischer Sicht bereits in den letzten Tagen zur Deeskalation beigetragen worden (u. a. auch durch eine konziliantere Positionierung von Präsident Putin auf dem Petersburger Wirtschaftsforum), was in Russland zu der Einschätzung führt, dass weitere Wirtschaftssanktionen nicht gerechtfertigt wären und damit auch nichts zu befürchten sei.

Möglicherweise werden die Sanktionswirkungen in Russland auch unterschätzt, weil an jenen Tagen, an denen die konkreten Sanktionsmaßnahmen verkündet wurden, sowohl der Rubel als auch der russische Aktienmarkt kurzfristig zulegten. Dies mag allerdings darin begründet sein, dass die Sanktionen der führenden Industriestaaten meist noch hinter den Erwartungen vieler Marktteilnehmer, v. a. auch aus dem angelsächsischen Raum, zurückblieben.

Hier ist allerdings zu betonen, dass gerade auch das Schaffen von negativen Erwartungen und Unsicherheit eben ein Ziel von Sanktionen ist – auch dann, wenn diese gegebenenfalls »nur« angekündigt werden. Zudem gilt, dass die erfolgten und in den Raum gestellten politischen und v. a. wirtschaftlichen Sanktionen diesmal unverkennbar schärfer sind, als etwa im Jahr 2000 (Tschetschenien) oder beim Russland-Georgien Konflikt 2008. Letzteres erklärt warum auf russischer Seite einige Politik- und Wirtschaftsakteure zunächst etwas überrascht waren angesichts der im Lichte dieser historischen Umstände doch bereits recht weitgehenden diplomatischen und ökonomischen Sanktionen.

Weitreichende sektorale Wirtschaftssanktionen: Energie- oder Finanzsektor?

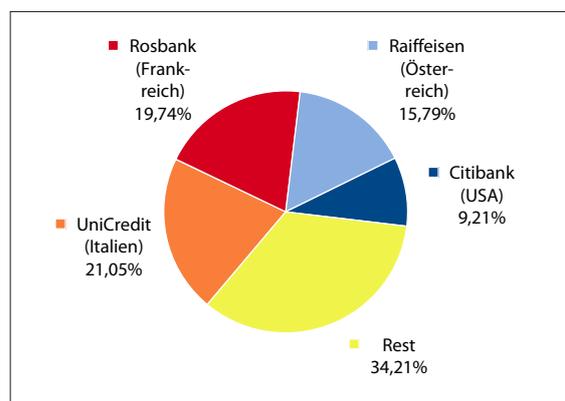
Auf EU-Ebene wurde bislang nur über die Möglichkeit weitreichender Wirtschaftssanktionen (die sog. Stufe-3-Sanktionen) gegen Russland diskutiert; in den USA hingegen wurde dem Präsidenten schon die Möglichkeit eingeräumt, sektorale Sanktionen, bezogen auf einzelne Industriesektoren aber auch auf den Finanzsektor, zu verhängen. Im Kontext der Sanktionsdebatte(n) werden v. a. zwei Wirtschaftsbereiche regelmäßig erwähnt: Der Energiesektor und der Finanzsektor. Angesichts der extrem hohen Abhängigkeit Russlands und vor allem seines Staatshaushalts vom Energiesektor scheint dieser prädestiniert, um über weitreichende Sanktionen spürbaren Druck auf die Regierung Russlands auszuüben. Allerdings gibt es hier einige keineswegs triviale Hindernisse. Im Energiesektor sind vor allem die Europäer besonders abhängig von Russland. Damit ist die Position der USA, direkt Druck auf Russland auszuüben eingeschränkt. Der Hebel der USA bestünde vor allem darin, in Russland tätigen US-Firmen, die wichtige spezialisierte Dienstleister im Bereich der Öl- und Gasförderung sind, Geschäfte bzw. ein Neugeschäft in Russland zu untersagen. Zudem ist das Energiegeschäft von sehr langfristigen Lieferverträgen geprägt, die teils auch bei Nichtabnahme durch die Bezieherländer Zahlungen und/oder Konventionalstrafen – auch gegenüber Subunternehmen – implizieren. Des Weiteren findet man im internationalen Energiegeschäft – also etwa unter den 30 global führenden Unternehmen weltweit – etwa ein Drittel, nämlich zwischen sieben und zehn bedeutende Firmen, aus anderen großen aufstrebenden Ländern wie China oder auch Indien, die eventuell Sanktionen der führenden westlichen Industrienationen konterkarieren könnten. Unter den 30 weltweit bedeutendsten Energiekonzernen sind auch vier russische Unternehmen, was zusätzlich die Möglichkeit eröffnet, gegebenenfalls Sanktionen der westlichen Industrieländer zu unterlaufen.

Im Banken- und Finanzsektor sind die relativen Abhängigkeiten deutlich asymmetrischer gelagert. Die direkte Abhängigkeit der führenden Industrieländer, darunter auch der USA, von Russland selbst ist relativ gering, während Russland stark auf die globalen Finanzmärkte bzw. reibungslos funktionierende Bank- und Zahlungsverbindungen zum Ausland angewiesen ist. Unter den 30 weltweit führenden Banken, die als sog. globale systemrelevante Banken eingestuft werden, befinden sich nur zwei Kreditinstitute aus China (keines aus Russland); der Rest kommt aus großen westlichen Industrieländern bzw. ihnen nahe stehenden Nationen (etwa der Schweiz, Schweden oder den Niederlanden).

Das Russlandgeschäft europäischer und US-amerikanischer Banken macht im Durchschnitt nur etwa ein Prozent ihres gesamten internationalen Engagements aus und stellt damit kein Systemrisiko dar. Zudem haben im Banken- und Finanzbereich die USA eine deutlich stärkere Rolle gegenüber den Europäern im Vergleich zum Energiesektor. Auf Einzelländerbasis sind die USA nach Frankreich der zweitwichtigste westliche Bankensektor aus der Sicht des Banken- und Finanzsektor Russlands.

Die prominente Rolle der USA im Bankensektor spiegelt zwei wichtige Aspekte wider. Einerseits ist im Russland-Geschäft vor Ort (im sog. On-shore Geschäft) die amerikanische Citibank neben den europäischen Großbanken Unicredit/Bank Austria (Italien, Österreich), Société Générale (Frankreich) und Raiffeisen Bank (Österreich) die viertwichtigste ausländische Bank in Russland. Alle vier westlichen Banken repräsentieren etwa 65 % des Marktanteils ausländischer Kreditinstitute auf dem russischen Markt.

Grafik 15: Marktanteile unter den Auslandsbanken in Russland*



*Prozentanteil am Gesamtmarktanteil der führenden 100%igen Auslandsbanken in Russland, derzeit bei knapp fünf Prozent

Quelle: Firmendaten, Russischen Notenbank, Raiffeisen RESEARCH

Andererseits sind die international führenden amerikanischen Investment- und Großbanken (Citibank, Goldman Sachs, JP Morgan, Morgan Stanley) auch im internationalen Bank- und Kapitalmarktgeschäft (im sog. Off-shore Geschäft) sehr wichtige Marktspieler auf dem russischen Markt bzw. für große russische Firmen. Nahezu jedes russische Großunternehmen unterhält Geschäfts- bzw. Finanzierungsrelationen mit den amerikanischen Branchengrößen. Hier ist auch darauf zu verweisen, dass russische Firmen bei der Abwicklung ihrer Energiegeschäfte den Zugang zum Zahlungsverkehr in US-Dollar über westliche Großbanken und strukturierte Handelsfinanzierungen mit westli-

chen Großbanken nutzen. Insofern könnte daher über Sanktionen im Banken- und Finanzsektor auch indirekt der Energiesektor getroffen werden. Nicht zu vergessen ist, dass die US-Großbanken und weitere internationale Großbanken auch viele russische vermögende Privatkunden betreuen. Sanktionen im Banken- und Finanzsektor könnten zudem Herausforderungen für die beiden russischen Großbanken Sberbank und VTB (Vneshtorgbank) bedeuten. Beide sind in den letzten Jahren stark ins internationale Kapitalmarktgeschäft expandiert. Dieser Aspekt wäre insofern von Relevanz, weil unter gegebenen Umständen zu erwarten ist, dass diese beiden Großbanken – neben der Vneshekonombank – nach Vorstellung der russischen Regierung einen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur in Russland leisten sollen. Dies ist angesichts des geringen fiskalischen Spielraums des Staates von Relevanz.

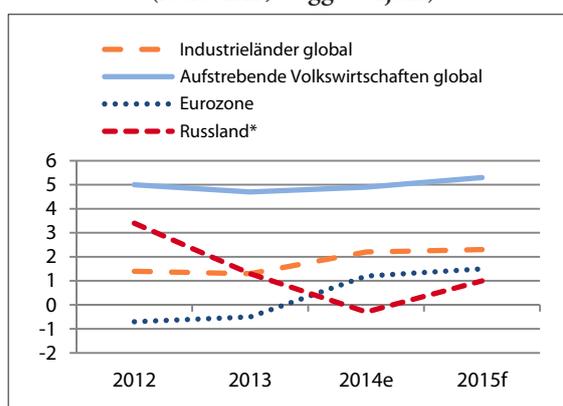
Zudem gibt es einige praktische Gründe, warum Sanktionen im Banken- und Finanzsektor relativ einfach zu implementieren wären. Vor allem auf nationalstaatlicher Ebene, aber zum Teil auch international ist der Bankensektor einer der am stärksten überwachten Wirtschaftssektoren. Es gibt bei den zuständigen Aufsichtsbehörden auf Monatsbasis detaillierte Aufschlüsselungen über Bilanzkenngrößen. Insofern liegt es nahe, dass im Finanzsektor – im Falle einer weiteren Eskalation und dann auch im Falle einer ausbleibenden Deeskalation – eher rasch mit schärferen Sanktionen zu rechnen ist. Zumal sich unter den führenden russischen Banken große Staatsbanken befinden und im Bereich der Finanzsektorsanktionen die USA allein handeln und damit dann auch die Europäer – ganz gleich, ob diese mitziehen wollen oder nicht – unter Druck setzen könnten. Der Fall des Iran hat gezeigt, wo Schwierigkeiten im internationalen Zahlungsverkehr (v. a. vorangetrieben von den USA) die Handelsbeziehungen sogar viel stärker stören können als faktische Exportrestriktionen. Transaktionen waren nur noch über indirekte und intransparente Kanäle in diversen Drittländern (wie etwa China oder Belarus) möglich. Zudem fürchteten europäische Banken auch weitere direkte und indirekte Sanktionen der USA bei weiteren Irangeschäften (etwa bei Geschäften mit USA-Bezug) und fuhren daher ihre Irangeschäfte substanziell zurück.

Wirkungen auf die russische Wirtschaft

Kurzfristig hat die verschärfte Konfrontation zwischen Russland und den führenden Industrienationen die russische Wirtschaft bereits über mehrere Kanäle empfindlich getroffen. Dies zeigt sich an zunehmend abwärts gerichteten Trends in einem eh schon von Abschwung bzw. Schwäche geprägten Konjunkturbild. Die russische Wirtschaft befindet sich entgegen dem Trend in

der Weltwirtschaft und der EU derzeit bereits im dritten Jahr eines Abschwungs.

Grafik 16: Russland vs. globale Entwicklungen
 (reales BIP, % gg. Vorjahr)



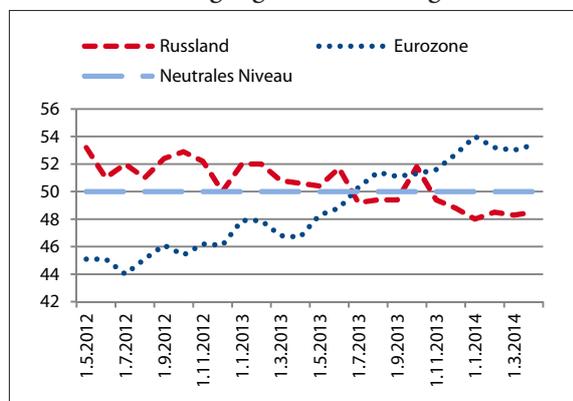
* Prognose Raiffeisen RESEARCH

Quelle: IWF, Raiffeisen RESEARCH

Die Zuwächse bei den Einzelhandelsumsätzen und realen Einkommen befinden sich seit langem in einer Abwärtsbewegung, die sich nun verstärkt. Dennoch waren in den letzten Monaten im privaten Sektor noch reale Einkommenszuwächse zu verzeichnen und die Arbeitslosigkeit ist noch niedrig. Beides zeigt, dass russische Firmen in den kommenden Monaten wohl noch Anpassungen vornehmen müssen, etwa in Bezug auf Lohnkürzungen oder Entlassungen. Zudem wird die Einkommensposition der Haushalte in Russland durch die Rubelschwäche bzw. höhere Preise für Importgüter belastet. In einer solchen Situation wird auch der kreditfinanzierte Konsum, die Konjunkturstütze in Russland der letzten Jahre, kaum noch zum Wirtschaftswachstum beitragen. Auch die Stimmungsumfragen bei Einkaufsmanagern in Russland deuten seit längerem auf eine Stagnation bzw. milde Rezession hin. Nach dem jüngsten Fall auf die tiefsten Werte seit vier Jahren und einer besonders schlechten Einschätzung hinsichtlich der Erwartungen ist bei diesem Stimmungs- bzw. Vorlaufindikator derzeit keine Trendwende in Sicht. Sieht man von der infrastrukturellen Anbindung der Krim an die Russische Föderation ab, deren Kosten auf ca. 10–20 Milliarden Dollar geschätzt werden, stehen auch keine staatlichen Großprojekte mehr an. Dies verschärft den bereits schwachen Trend bei den Investitionen weiter.

Das Umfeld für Investitionen in der Real- und Finanzwirtschaft ist bereits erheblich beeinträchtigt. Die Exporte Deutschlands nach Russland beispielsweise sind im ersten Quartal bereits um 13 Prozent eingebrochen (entgegen einem allgemeinen Zuwachs von drei Pro-

Grafik 17: Befragung Einkaufsmanager, Index*

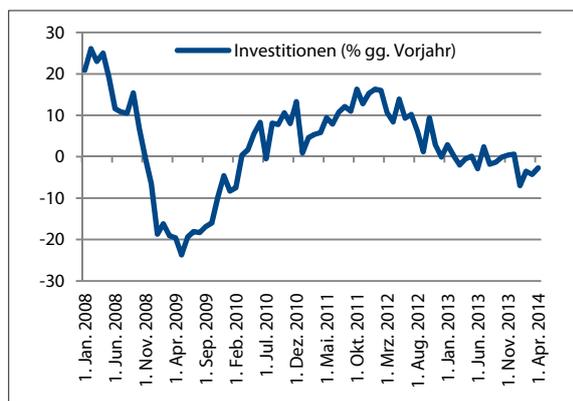


* 50 = Neutrales Niveau, Werte darüber signalisieren Expansion, darunter Stagnation/Rezession

Quelle: Markit, Bloomberg, Raiffeisen RESEARCH

zent für deutsche Exporteure im gleichen Zeitraum), was nochmals eine Beschleunigung im bereits angelegten Abwärtstrends darstellt – bereits 2013 waren die Exporte Deutschlands nach Russland um fünf Prozent zurückgegangen. Besonders stark waren die Exportrückgänge mit 17–18 Prozent im ersten Quartal bei Maschinen bzw. Investitionsgütern und bei anderen höherwertigen Gütern wie Fahrzeuge.

Grafik 18: Investitionen in Russland



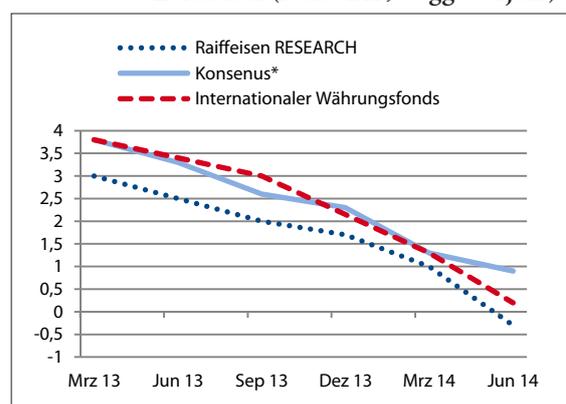
Quelle: nationale Quellen, Raiffeisen RESEARCH

Prognosen

Die Folgewirkungen der zuvor skizzierten Trends sind bereits in aktuellen Wachstumsprognosen für die russische Volkswirtschaft zu spüren. Fast alle relevanten Beobachter der russischen Volkswirtschaft und auch die Russische Notenbank haben in den letzten Tagen und Wochen ihre Wachstumsprognosen für 2014 deutlich nach unten korrigiert. Wobei die berechnete Annahme besteht, dass viele Beobachter – wie der IWF oder die Notenbank, die immerhin für 2014 noch ein leichtes

Wirtschaftswachstum von 0,2 bis 0,5 Prozent erwarten – teils noch ein zu optimistisches Konjunkturbild haben.

Grafik 19: Wachstumsprognosen Russland im Zeitablauf (reales BIP, % gg. Vorjahr)



* Konsensus von durchschnittlich 20 Prognosen internationaler Banken und Forschungsinstitute, befragt von Consensus Economics

Quelle: IWF, Consensus Economics, Raiffeisen RESEARCH

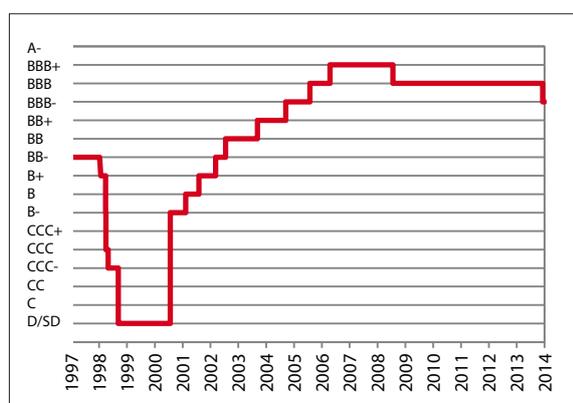
Dieses Phänomen ist schon die letzten 6–12 Monate zu beobachten gewesen, wo etwa die Prognostiker des IWF oder der Russischen Notenbank in ihren BIP-Wachstumsprojektionen tendenziell immer zu optimistisch waren. Im Februar erwartete die Notenbank Russlands noch ein Wachstum von zwei Prozent, obwohl die russische Wirtschaft im ersten Quartal bereits schrumpfte. In gewisser Weise scheint aber auch die Notenbank Russlands ungeachtet des offiziell für 2014 erwarteten Wirtschaftswachstums mehr und mehr die Abwärtsrisiken zu beachten. Auch der Vorstandsvorsitzende der Sberbank erklärte beim Petersburger Wirtschaftsforum schon offener, dass 2014 mindestens eine Stagnation drohte.

Aktuellen Trends zufolge ist für 2014 selbst in einen Szenario ohne weitere Sanktionen mit einer Rezession bzw. einem Schrumpfen des BIP um etwa 0,3 Prozent zu rechnen. Einige Beobachter wie die Ratingagentur »Moody's« oder das Washingtoner »Institute of International Finance« sind noch vorsichtiger und erwarten 2014 sogar einen BIP-Rückgang um einen Prozentpunkt. Ein derart negatives Abschneiden dürfte v. a. durch einen für 2014 wahrscheinlichen signifikanten Rückgang der Investitionen um nominal sechs bis sieben Prozent (bzw. inflationsbereinigt um ein Prozent) getrieben sein. Der private Konsum könnte 2014 noch moderat zulegen, wobei der Zuwachs deutlich unter den Vorjahresniveaus liegen dürfte. Wichtig ist vor allem, dass diesmal der Zentralstaat nicht mehr über jenen fiskalischen Spielraum wie noch 2008/2009 verfügt, um der abwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung substanzial etwas entgegen zu setzen, wenn auch die Rubel-

Abwertung des zentralstaatlichen Budget, weniger aber als der Regionen etwas entlasten dürfte.

Denn die internationale Länderrisikobewertung Russlands ist in den letzten Monaten deutlich unter Druck gekommen. Zudem wurde hier ein negativer Ausblick beibehalten. Das ist ein schlechtes Zeichen für eine größere Volkswirtschaft, die normalerweise über einen gewissen Grad an Resilienz gegenüber externen Schocks verfügen sollte. In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass Russland in fast allen relevanten Kategorien der Länderrisikobewertung im Vergleich zu Staaten mit ähnlicher Bewertung merklich schwächer abscheidet. Lediglich die hohen Devisen- und Fiskalreserven wirken derzeit noch weiteren Abstufungen der Ländereinschätzung Russlands entgegen. Letzteres verweist auf die Bedeutung einer Beibehaltung dieser Puffer. Am Finanzmarkt zeigen Marktpreise (etwa für sog. Kreditausfallversicherungen) derzeit an, dass viele Marktteilnehmer weitere Herabstufungen für die Länderbewertung Russlands erwarten.

Grafik 20: Langfristige Länderrisikoeinschätzung Russland Standard&Poor's *



* Auf einer Skala mit 22 Stufen von AAA bis D (SD, selective default)

Quelle: S&P, Raiffeisen RESEARCH

Investitionsklima

Bei der Herabstufung der Länderrisikobewertung, die auch internationale Finanzierungen mit Russlandbezug erschwert, haben nicht nur rein ökonomische Faktoren (z. B. schwacher Wirtschaftsausblick, massive Kapitalabflüsse) eine Rolle gespielt. Unmissverständlich wurden steigende und unkalkulierbare politische Risiken, die auch in weiteren und v. a. schärferen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen münden können, benannt. Denn jüngste Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass die aktuelle Führung Russlands geopolitische Interessen, die zumindest kurzfristig auch innenpolitisch opportun sein können, deutlich höher

gewichtet als längerfristige ökonomisch-rationale Eigen- und Kooperationsinteressen.

Zudem hat die bereits bisher erfolgte Eskalation einiger an politischem Kapital vernichtet. Auf dem jährlichen Jahrestreffen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), der führenden multilateralen Entwicklungs- und Förderbank in Osteuropa mit großem Russlandgeschäft, haben im Mai wichtiger Anteilseigner (etwa der USA oder einiger EU-Länder) spürbaren Druck ausgeübt mit dem Ziel, die geplanten Investitionen der EBWE in Russland (dem größten Empfängerland der EBWE) zurückzuführen bzw. der Sanktionspolitik anzupassen. Solche Entwicklungen sind für die Modernisierung der russischen Volkswirtschaft kontraproduktiv, weil die EBWE im Rahmen ihres Russlandengagements stark den Privatsektor, wirtschaftlich schwächere russische Regionen oder kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt. Auch die Europäische Investitionsbank (EIB), die in den letzten Jahren ihre Mittel für EU-Nachbar- und Partnerländer wie Russland oder die Ukraine und hier v. a. für die KMU-Finanzierung erhöht hat, ist angesichts des aktuellen Umfeldes derzeit in Bezug auf mögliche Russlandengagements vorsichtig.

Währungsstabilität

Selbstverstärkend wirken in Bezug auf das sich deutlich verschlechternde Investitionsklima die massiven Kapitalabflüsse sowie eine zunehmende Verschlechterung der Bedingungen, die auf dem heimischen und internationalen Finanzmarkt für Finanzierungen mit Russlandbezug bestehen. Allein im ersten Quartal wurde ein Kapitalabfluss von etwa 50–70 Milliarden Dollar registriert (je nachdem, welche Transaktionen man genau als Kapitalabfluss wertet und ob man die Zahlen um Transaktionen im Zusammenhang mit der TNK/BP-Rosneft Transaktion bereinigt), was in etwa den Jahreswerten von 2012 und 2013 entspricht bzw. auf Quartalsbasis Werten aus der Krisenzeit von 2008/2009 gleich kommt. Der Rubel hat – trotz Erholung in den letzten Tagen – in den letzten 12 Monaten über 10 Prozent an Wert verloren, was die Investitionsunsicherheit gesteigert hat und auch die Inflation wieder in Richtung acht Prozent ansteigen lassen wird; zuvor lagen die Werte bei sechs Prozent.

Hier ist zu betonen, dass in der akuten Phase der jüngsten Rubelabwertung umfangreiche Umtauschtransaktionen von Rubel in Devisen vorgenommen wurden. Es wurden circa 20 Milliarden US-Dollar umgetauscht und hier v. a. von den älteren Bevölkerungsschichten; jüngere Bevölkerungsschichten haben der Tendenz nach dem Rubel bzw. der Stabilität des Bankensystems in höherem Maße getraut. Letzteres hat

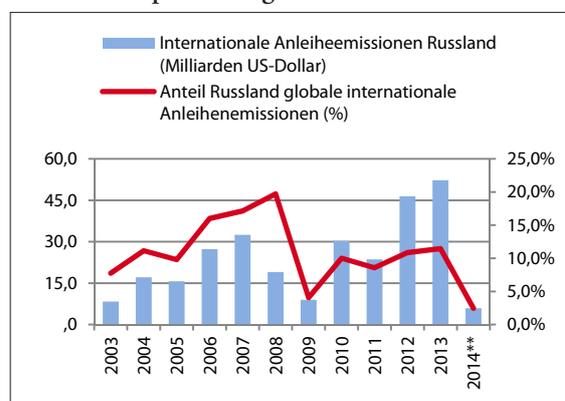
den durch Abwertungsdruck auf den Rubel etwas entschärft. Gleichzeitig lasten die wachsenden Wechselkursrisiken zunehmend auf in Russland tätigen internationalen Firmen bzw. auf russischen Importeuren (etwa im Bereich der Handelsfinanzierungen und des Forderungsmanagements). Des Weiteren verteuert der schwächere Rubel vor allem die Einfuhr von wichtigen Kapitalgütern zur Modernisierung der russischen Wirtschaft. Um die Rubelabwertung zu begrenzen war die Notenbank Russlands zudem bis Mai zu – an sich ungewollten – kriseninduzierten Devisenmarktinterventionen von 45 Milliarden US-Dollar (etwa 10 Prozent der Devisenreserven der Notenbank) und zu krisenbedingten Leitzinsanhebungen gezwungen, was dem lokalen Finanzmarkt zusätzlich Liquidität entzieht und die Finanzierungskosten damit zusätzlich erhöht. Beides passt per se nicht zu dem jetzt schon schwachen Konjunkturbild. Bis zu einem gewissen Grad kann man derzeit sogar schon von einem Trend zu Stagflation reden, also einem Umfeld von niedrigem Wachstum und hoher Inflation. Solch ein Umfeld ist in der Regel wenig förderlich für Investitionen, weil Firmen in einer solchen Situation den Preisdruck schwer abwälzen bzw. weitergeben können.

Finanzmarkt

Auch am Aktienmarkt in Russland sind die Preise erheblich eingebrochen, der Börsenindex hat rund 20 Prozent an Wert verloren. Dadurch wurde ein Marktwert in russischen Aktien von mindestens 100 Milliarden Dollar (an der Moskauer Börse und bei Notierungen in London) vernichtet. Oftmals wurde hier vereinfacht geschlossen, dass dies v. a. Ausländer betreffe, da diese etwa 70 Prozent der in Russland notierten Aktien halten. Allerdings hat der Kursverfall auch heimische Akteure getroffen. In vielen Finanzierungsrelationen in Russland etwa werden Aktien als Sicherheiten hinterlegt; verlieren diese Wertpapiere dann als Wert müssen zusätzliche Sicherheiten bereitgestellt werden. Letzteres ist in der aktuellen Situation der Liquiditätsknappheit in Russland kein einfaches Unterfangen, zumal der Aktienmarkteinbruch auch Neuemissionen von Aktien zur Eigenkapitalbeschaffung erschwert. In Bezug auf Börsengänge zur Eigenkapitalbeschaffung hat das Jahr 2014 – trotz der zum Jahresanfang starken Hoffnungen – bis dato enttäuscht, und es wird keine wirkliche Erholung im Jahresverlauf erwartet.

Zudem wird russischen Firmen am internationalen Finanzmarkt zunehmend weniger Fremdkapitalfinanzierung bereitgestellt. Im ersten Quartal 2014 emittierten russische Firmen international Anleihen im Wert von 4,5 Milliarden US-Dollar. Faktisch gab es seit Ende Februar kaum noch nennenswerte Transaktionen. Im

Grafik 21: Internationale Finanzmarktplatzierungen Russland



* International begebende Anleihen privater und öffentlicher Sektor

** Seit Jahresbeginn

Quelle: Bloomberg, Raiffeisen RESEARCH

Vergleichszeitraum 2013 sind es noch 17 Milliarden US-Dollar gewesen. Das internationale Großkreditvolumen privater Banken nach Russland ist ähnlich stark eingebrochen. Und bei dennoch bereitgestellten internationalen Kreditfinanzierungen werden in die Kontrakte immer öfter besondere Vertragsklauseln eingefügt, die eine vorzeitige Rückzahlung auslösen können – wenn etwa eine Firma auf die Sanktionsliste der EU und/oder USA gesetzt würde. Damit geht für Kreditnehmer und -geber ein Stück Planbarkeit in langfristigen Finanzierungsverträgen verloren. Zudem spielen bei den internationalen institutionellen Investoren mögliche Reputationsrisiken im Zusammenhang mit Russlandgeschäften derzeit eine immer größere Rolle.

Auch auf dem lokalen Anleihenmarkt in Russland, normalerweise eine wichtige Quelle für langfristige Finanzierungen in Rubel, wurden im ersten Quartal 2014 Finanzierungen im Volumen von umgerechnet nur rund 3 Milliarden US-Dollar aufgestellt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden hier noch Rubel-Anleihen im Wert von 14 Milliarden US-Dollar begeben. Das sich deutlich verschlechternde Finanzierungsumfeld auf dem lokalen Rubel-Anleihenmarkt kann vor allem negative Auswirkungen auf längerfristige Finanzierungsvorhaben haben, etwa für sog. Infrastruktur-anleihen, wie sie die russische staatliche Eisenbahngesellschaft emittiert. Gerade nichtstaatliche Firmen wie MegaFon, Bashneft, Promsvyazbank oder die Credit Bank of Moscow hatten in den letzten Wochen bzw. Monaten durchaus Probleme, hinreichend gewünschte Eigenkapital- oder Fremdkapitalfinanzierung aufzustellen. Insgesamt gilt damit: Das heimische Zinsniveau in Russland ist viel zu hoch angesichts der aktuellen wirt-

schaftlichen Schwäche, während (Re-) Finanzierungsmöglichkeiten im Eigen- und Fremdkapitalbereich derzeit fehlen.

Sanktionsvorbereitungen und Ausweichmöglichkeiten

Bis zu einem gewissen Grad scheinen sich russische Behörden und Firmen durchaus auf weitere Sanktionen, gegebenenfalls auch im Banken- und Finanzbereich, einzustellen. Der jüngste Rückgang bei den Beständen von in den USA deponierten US-Staatsanleihen der Russischen Notenbank, kann als Vorsichtsmaßnahme gewertet werden, um im Krisenfall über hinreichend Dollarliquidität zu verfügen. Einige staatsnahe Großbanken haben in den letzten Wochen ebenso darauf geachtet, ihre Dollarpositionen in Russland deutlich zu erhöhen. Auch die Kreditkartenanbieter Visa und Mastercard, die etwa 90 Prozent des Kreditkartenzahlungsverkehrs in Russland abwickeln, müssen gemäß einem neuen russischen Gesetz ab 1. Juli Sicherheits Guthaben bei der Russischen Notenbank hinterlegen (im Umfang von etwa je zwei Milliarden US-Dollar), was nach internationalen Standards unüblich ist. Und falls Visa oder Mastercard wieder Kreditkarten in Russland sperren sollten, werden von diesen Guthaben empfindliche Strafzahlungen in Russland fällig.

Bis zu einem gewissen Umfang können weitreichende Sanktionen im Finanzbereich von Russland substituiert werden. Finanzierungsmöglichkeiten auf asiatischen Kapitalmärkten sind hier eine Möglichkeit. Russische Großunternehmen haben in der Vergangenheit schon Anleihen in chinesischen Yuan/Renminbi oder anderen asiatischen Währungen begeben und waren unlängst auch auf Investorenmeetings in Hong Kong und Singapur vertreten. Auch die Vneshekonombank hat im Mai eine neue Niederlassung in Hong-Kong gegründet, um den asiatischen Finanzmarkt für Projektfinanzierungen in Russland anzuzapfen. Allerdings ist zu beachten, dass auch asiatische Investoren, die in der Regel auch viele Geschäfte auf den US-Finanzmärkten tätigen, Sanktionen der USA im Finanzbereich durchaus als Risiko für ihre eigenen Geschäfte sehen. Zudem sind die Finanzmärkte in Asien nicht groß und liquide genug, um kurz- und mittelfristig den Zugang russischer Großunternehmen zum US-Dollar Markt auszugleichen. Zumal hier auch weniger langfristige Finanzierungen darstellbar wären, als auf dem US-Dollar Markt.

Die russische Führung betont, dass die moderne Welt multipolar sei und bezieht sich auf neue formelle Wirtschaftskooperations- und Finanzierungsabkommen mit anderen Schwellenländern, vor allem mit China. Bis zu einem gewissen Grad ist dies kein neuer und durchaus rationaler Prozess. Mittel- bis langfristig kann

China sich als wichtigerer Financier der russischen Wirtschaft und als Energieabnehmer etablieren, was das im Mai geschlossene, etwa 400–500 Milliarden US Dollar schwere und lange ausgehandelte Gasabkommen mit China bzw. zwischen Gazprom und China National Petroleum (das auch 20 Milliarden Dollar an Investitionen in die Energieinfrastruktur in Russland beinhaltet) andeutet.

Allerdings sollten auch hier die kurzfristigen Substitutionseffekte, v. a. im Gasbereich, nicht überschätzt werden. Das jüngste und viel beachtete Gasgeschäft mit China sieht eine Lieferung ab 2018 vor und große Teile der notwendigen Infrastruktur – auch in China selbst – existieren noch gar nicht. Des Weiteren braucht Russland für eine Modernisierungspartnerschaft auch weiterhin die führenden westlichen Industriestaaten mehr als China. Denn substanzielle westliche ausländische Direkt- und Finanzmarktinvestitionen in Russland haben während der letzten Dekade auch die betriebswirtschaftliche Effizienz und Unternehmensführung in russischen Firmen befördert. Dieser Aspekt könnte bei Wirtschaftskooperations- und Finanzierungsabkommen mit anderen Schwellenländern und hier v. a. China in den Hintergrund treten.

Folgewirkungen und Zahlungsbereitschaft in der EU und USA

Bislang haben führende westliche Firmen ihre Russlandstrategien keiner substanziellen Anpassung unterzogen. Insgesamt setzen viele Wirtschaftsakteure noch auf eine Entspannung in den kommenden Monaten. Es wird darauf verwiesen, dass auf beiden Seiten zu viel ökonomisches Interesse daran bestünde, die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen. Allerdings scheint die russische Führung momentan stark von nicht-ökonomischen Interessen geleitet zu sein. Auch sind die Folgewirkungen weitreichender Russland-Wirtschaftssanktionen für die führenden Industrienationen eher gering. Denn wichtige Kennzahlen legen klar den Schluss nahe, dass sich die führenden Industrienationen und vor allem die EU eine weitere Eskalation, politisch und ökonomisch, eher leisten könnten als Russland.

Lediglich ein Prozent der gesamten durch EU-Staaten außerhalb der EU getätigten Direktinvestitionen liegen in Russland. Russland hingegen hat 40–60 Prozent seiner ausländischen Direktinvestitionen innerhalb der EU (je nachdem, wie stark man Investitionen in begünstigten Steuerlokalationen hier einrechnet). Die direkten Handelsbeziehungen zwischen Russland und der EU sind für die EU insgesamt von eher untergeordneter Bedeutung: Der EU-Außenhandel mit Russland (inklusive dem Energiehandel) liegt bei etwa 350 Milliarden Euro im Jahr bzw. ca. 10 Prozent des EU-Außenhan-

dels (in etwa das gleiche Volumen wie mit der Schweiz). Im Energiebereich, wo etwa 20–30 Prozent der fossilen Brennstoffe aus Russland kommen, bestehen selbstredend höhere Abhängigkeiten, wobei ein völliger Ausfall im Energiehandel mit Russland als sehr unwahrscheinlich zu gelten hat. Für Russland ist der EU-Handel von ganz anderer Bedeutung – Russland wickelt etwa 40 Prozent seines Außenhandels mit der EU ab.

Die Auswirkungen von Sanktionen auf einzelne EU-Länder unterscheiden sich jedoch erheblich, je nachdem ob real- oder finanzwirtschaftliche Verflechtungen im Vordergrund stehen. Die unterschiedliche Betroffenheit einzelner EU-Länder begründet natürlich auch gewisse Partikularinteressen. Deutschland oder auch Finnland und das Baltikum sind etwa stark im Russlandhandel engagiert. Zudem ist Deutschland im Vergleich zu anderen großen EU-Ländern, ähnlich wie viele osteuropäische EU-Länder, durch eine hohe Abhängigkeit im Energiebereich gekennzeichnet. Frankreich, Italien, Österreich und Zypern haben hingegen sehr starke finanzwirtschaftliche Verflechtungen mit Russland.

Im europäischen Kontext haben sich vor allem Teile der deutschen Wirtschaft prominent gegen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland ausgesprochen. In einem Papier an die Bundesregierung wurde von der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer sehr deutlich vor einer Hinwendung der russischen Wirtschaft und Politik nach Asien und insbesondere nach China gewarnt, was ein Verlust von Marktpositionen mit sich bringen könnte, die angesichts schon schwieriger Marktbedingungen dann auch langfristig und nachhaltig sein könnten. Diese Haltung ist differenziert zu bewerten. Eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Russland würde die EU und v. a. Deutschland natürlich deutlich stärker treffen als die USA. Aus europäischer Sicht könnte dies Europa auch nahe an den Rand einer Rezession bringen, was auch aktuelle Stabilisierungsfortschritte in der Eurozonenkrise bzw. im europäischen Bankensektor konterkarieren könnte. Allerdings sollten die wirtschaftlichen Effekte auf Deutschland – trotz starker Partikularinteressen einzelner deutscher Firmen – auch nicht überschätzt werden. Russland steht für drei bis vier Prozent des deutschen Außenhandels. Laut Statistischem Bundesamt führen nur etwa 10 Prozent aller exportierenden deutschen Firmen Waren nach Russland aus, ein Prozent aller importierenden deutschen Firmen beziehen Waren aus Russland. Insofern sind Abschätzungen zu möglichen Verlusten bei einer substanziellen Verschlechterung im Russland-Handel, etwa in Bezug auf ein schwächeres Wirtschaftswachstum in Deutschland, nicht unbedingt. Dieses Jahr wird die deutsche Wirtschaft voraussichtlich mit über zwei Prozent zulegen und in schärferen Szenarien würde eine Eskalation im

Wirtschafts- und Warenaustausch mit Russland etwa 0,5 Prozentpunkte Wachstum kosten. Zumal sich die deutsche Wirtschaft sonst gern selbstbewusst präsentiert und die global nachgefragte besondere Mischung deutscher Produkte in Bezug auf eine schwer zu substituierbare preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit sowie in Bezug auf komplexe Problemlösungskompetenzen preist.

Im Sinne möglicher Folgewirkungen ist nicht zu unterschätzen, dass russische Regierungsvertreter in den letzten Tagen und Wochen klar angedeutet haben, dass weiter gehende Sanktionen der führenden westlichen Industrieländer, und v. a. auch der EU, durchaus Folgewirkungen haben werden. Dann würde offiziellen Statements zufolge auch darüber nachgedacht werden, wer in welcher Form in Russland tätig ist und dies eben auch in Schlüsselsektoren (wie etwa Energie). Im schlimmsten Falle könnten hier dann Enteignungen (was in gewisser Weise auch den Trend zur Renationalisierung der letzten Jahre stützen würde) und langjährige Rechtsstreitigkeiten vor internationalen Gerichten drohen. Zudem gilt hier zu betonen: In Russland kann auch de facto erheblicher Gegenwind von lokalen Behörden gegenüber westlichen Firmen drohen, selbst wenn weiterhin offiziell bzw. de jure auf harte Vergeltungsmaßnahmen verzichtet würde

Zusammenfassung und Ausblick

Derzeit gibt es in den Verlautbarungen von offizieller Seite sowohl auf Seiten der führenden Industrieländer als auch auf russischer Seite eine Tendenz, die Folgewirkungen der bereits erreichten Anspannung in den Wirtschaftsbeziehungen (noch) zu unterschätzen. Dies liegt u. a. daran, dass noch die unmittelbaren Folgen der bis dato getroffenen Sanktionen eher gering sind. Die mittelbaren Konsequenzen für die russische Wirtschaft sind jedoch schon deutlich sichtbar. Dies gilt v. a. im Banken- und Finanzmarktbereich. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die Prognosen vieler Bankvolkswirte für 2014 derzeit etwas vorsichtiger sind als die von internationalen Institutionen wie dem IWF oder der Notenbank Russlands. Einige privatwirtschaftliche Beobachter sehen die mittelbaren Folgen im Banken- und Finanzmarktbereich als deutlich gewichtiger an, als die unmittelbaren Sanktionen bzw. deren Wirkung. Vor allem sollten auch kurz- und mittelfristige Folgewirkungen von weiteren und weitreichenden Wirtschaftssanktionen – vor allem auf russischer Seite – nicht unterschätzt werden. Der konzentrierte oligarchisch-staatliche russische Kapitalismus macht es leichter, über personenbezogene Sanktionen Wirkungen zu entfalten. Zumal weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Russland praktisch gesehen recht leicht imple-

mentierbar sind. Ist die russische Volkswirtschaft doch in besonderer Weise von einigen wenigen Großunternehmen abhängig. Insgesamt ist auch darauf zu verweisen, dass Russland heute in viel größerem Umfang auf internationalen Technologieimport aus den westlichen Industriestaaten und funktionierenden internationalen Finanzmarktzugang angewiesen ist, als die frühere Sowjetunion.

Viele Wirtschaftsakteure aus Russland und dem Ausland nennen auch den Wahlkalender in Russland als Faktor, warum sie mittelfristig wieder auf Entspannung setzten. Denn für die 2016 und 2018 anstehenden Wahlen wird die russische Führung wohl wieder wirtschaftlichen Rückenwind brauchen; auch wenn sich eine Rezession in diesem Jahr und ein schwacher Rubel (noch) als angemessenen Preis zur Wiedergewinnung der Krim darstellen lassen. Zumal derzeit sich sogar die junge, urbane und wirtschaftlich bzw. berufliche Bevölkerungsschicht vermehrt hinter die aktuellen russischen Machthaber stellt, was im Kontext der letzten Jahre ein eher ungewöhnliches Phänomen ist. Das jedoch muss nicht weiterhin so bleiben, denn der aktuell deutlich länderspezifisch erfolgende wirtschaftliche Abfall Russlands – in einem Umfeld der deutlichen Wirtschaftserholung in Europa und den USA – birgt auch gewisses innenpolitisches Spannungspotential. Einige Debatten auf dem jüngsten Petersburger Wirtschaftsforum haben

immerhin gezeigt, dass es einige eher reformorientierte Wirtschaftsliberale in der russischen Elite gibt, die mit sehr staatszentrierten Offiziellen noch eine Debatte wagen. Dort wurde auch klar thematisiert, dass die jüngsten Entwicklung deutlich technische bzw. administrative Fortschritte (wie die leichte Verbesserung der Position Russlands im Doing Business Index der Weltbank von Rang 129 im Jahr 2011 auf Rang 92 im Jahr 2013) gefährdet.

Finanzmarktinvestoren könnten etwas schneller nach Russland zurückkehren, falls die kommenden Monate eine Stabilisierung bringen. Dies gilt angesichts des höheren Zinsniveaus v. a. für den Anleihen- bzw. Fremdkapitalbereich, weniger für den Eigenkapital- bzw. Aktienmarkt. Letzterer wird sicher noch länger den schwachen Wirtschaftsausblick zu verdauen haben. Direktinvestitionen aus dem Ausland werden sicher nicht so schnell wieder zunehmen, obwohl es derzeit billig wäre, sich in Russland einzukaufen. Doch die jüngste Verschlechterung in den Wirtschaftsbeziehungen hat einige langfristige Investoren in der Realwirtschaft Russlands deutlich vorsichtiger werden lassen; bei einigen Akteuren könnte das auch in Rückzugsplänen münden. Und hier gilt zu betonen, dass Russland bis dato und abgesehen von vagen Drohungen noch auf greifbare Gegenmaßnahmen weitestgehend verzichtet hat.

Über den Autor

Gunter Deuber leitet in Wien die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, einer der größten in Russland tätigen Auslandsbanken. Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

Lesetipps

- Gaddy, Clifford G.; Ickes, Barry W.: Can Sanctions Stop Putin? Washington, D.C.: Brookings, June 3, 2014 <<http://www.brookings.edu/-/media/research/files/articles/2014/06/03-can-sanctions-stop-putin-gaddy-ickes/can-sanctions-stop-putin.pdf>, 4. Juni 2014>
- Eriksson, Mikael: West's Sanctions against Russia: Grand Strategy in the Making? FOI Memo 4933. RUFBS Briefing. Project No: A14101, May, 2014 <http://www.foi.se/Global/V%C3%A5r%20kunskap/S%C3%A4kerhetspolitiska%20studier/Asien/Rapporter_och_memon/FOI%20Memo%204933%20RUFBS%20briefing.pdf, 28. Mai 2014>

Tabelle 1: Russland: Wichtige Wirtschaftsindikatoren und -prognosen

	2007										Prognosen		
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014e	2015f	2016f			
Reales BIP (% gg. Vorjahr)	8,5	5,2	-7,8	4,5	4,3	3,4	1,3	-0,3	1,0	0,5			
Nominales BIP pro Kopf (EUR)	6650	7940	6157	8030	9387	10753	11012	10048	10574	11066			
Privater Konsum (% gg. Vorjahr)	14,3	10,6	-5,1	5,5	6,8	7,9	4,7	2,0	2,5	3,0			
Investitionen (real, % gg. Vorjahr)	21,0	10,6	-14,4	5,9	9,1	6,4	-0,3	-1,0	1,5	1,0			
Industrieproduktion (% gg. Vorjahr)	6,8	0,6	-9,3	8,2	4,7	2,6	0,3	0,0	0,5	1,0			
Konsumentenpreis-inflation (Durchschnitt, % gg. Vorjahr)	9,1	14,1	11,8	6,9	8,5	5,1	6,8	6,1	5,5	5,4			
Arbeitslosigkeit (Durchschnitt, %)	6,1	6,3	8,4	7,5	6,6	5,7	5,8	6,0	6,0	6,0			
Budgetdefizit (% des BIP)	6,0	4,9	-6,3	-3,5	1,6	0,4	-1,0	-0,5	-0,6	0,2			
Staatsschulden (% des BIP)	7,2	6,5	8,3	9,3	9,8	10,5	12,0	13,0	14,0	14,5			
Leistungsbilanz (% des BIP)	5,5	6,2	4,1	4,4	5,2	3,6	1,6	2,3	2,0	1,4			
Devisenreserven (Millarden EUR)	319,3	296,2	291,0	331,0	349,7	369,1	342,9	330,2	337,8	330,8			
EUR/RUB (Durchschnitt)	35,05	36,60	44,25	40,29	40,92	39,94	42,32	48,98	49,37	49,83			
USD/RUB (Durchschnitt)	25,57	24,89	31,74	30,38	29,40	31,07	31,86	36,28	37,12	38,33			

Quelle: nationale Quellen, Raiffeisen RESEARCH

Ukrainische Wahlergebnisse in den Augen russischer Politiker und Experten

Am 25. Mai 2014 fanden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine statt, die Petro Poroschenko im ersten Durchgang mit rund 54 % der Stimmen gewann. Die vor zwei Monaten freigelassene Julia Timoschenko errang nur 12 % und gestand noch am selben Abend ihre Niederlage ein. Die rechtsradikalen und russophoben Kandidaten Dmitro Jarosch und Oleg Tjagnibok, seit Monaten Lieblingsfiguren russischer Propaganda, erhielten jeweils rund 1 % der Stimmen. Der klare Sieg Poroschenkos könnte der Anfang einer Erholung der Ukraine nach der schwersten Krise in der Geschichte des Landes werden. Darauf hoffen die meisten Ukrainer, die Poroschenko ihre Stimme gegeben haben. Das meinen auch russische Experten, die die Abstimmung vor Ort beobachteten, etwa Ilja Ponomarjow von der Partei »Gerechtes Russland«. Alexej Nawalnyj und Andrej Illarionow sehen im Sieg Poroschenkos eine klare Niederlage der Ukraine-Politik des Kreml. Andere warnen nach den Wahlen in der Ukraine vor Jubel. Der russische Journalist und Dekan der Fakultät für Fernsehen der Moskauer Lomonossow-Universität Witalij Tretjakow verweist auf eine mangelnde Legitimität des neu gewählten Präsidenten. Ilja Wasjunin, Journalist des regimekritischen Fernsehsenders »Doschd«, zweifelt daran, dass Poroschenko in der Lage wäre, die Ukraine aus der Krise zu führen, und schreibt dem Nationalisten Jarosch trotz geringer Unterstützung bei den Wahlen eine entscheidende Rolle bei möglichen zukünftigen Straßenprotesten zu.

Ilja Ponomarjow: Ich war wieder in der Ukraine. Wieder in einem »Hotspot«. Ich erzähle...

»Im Großen und Ganzen gibt es an dem Sieg von Poroschenko keinen Zweifel. Es ist erstaunlich, wie ein langjähriger Abgeordneter, Regierungsmitglied sowohl unter Juschtschenko, als auch unter Janukowitsch und dazu noch einer der größten Unternehmer des Landes, in der offenen Sphäre ukrainischer Politik, in der Erneuerung und eine Befreiung von den Oligarchen die wichtigsten Forderungen darstellen, den Sieg davon trägt! Der Mann ohne Gesicht, der sogar sein Foto nicht in der Außenwerbung verwendete und in Interviews von sich in der dritten Person sprach, als ob er dort gar nicht existiere. Der Politiker ohne Programm und ohne Partei, der unverständlich allgemeine Worte spricht, besiegte gleich in der ersten Runde zwanzig Konkurrenten, was es seit 1991 in der Ukraine nicht gegeben hat.

Die Lösung steckt in einer für Poroschenko einmaligen Verkettung von Umständen. Er war praktisch ein Nichtpolitiker in einer wider Willen superpolitisierten Gesellschaft. Alle politischen Gruppen lehnten ihn ihr ganzes Leben lang ab, wie sehr er sich auch bemühte. Er war eine der aktiven Figuren der Orangen Revolution, in der Hoffnung auf den Posten des Ministerpräsidenten, wurde aber sowohl von Juschtschenko, als auch von Timoschenko ausgebootet. Mit demselben Anliegen stellte er sich in die Dienste von Janukowytsch, der ihn aber zum Sündenbock im Wirtschaftsministerium machte und an den Rand des politischen Lebens schob. Selbst auf dem Maidan wurde er vom Trio Klitschko-Jazenjuk-Tjagnibok zur Seite gedrückt. Für einen Volksführer fehlte es ihm an Courage und Charisma. Und so wurde Poroschenko für sich selbst unerwartet zu einer sichtbaren, an allen möglichen Garstigkeiten aber unbeteiligten Person, die den Menschen dank ihrer Undeutlichkeit Kompromiss verhieß, also Frieden. Und genau das haben die Bürger der Ukraine beim Verlassen der Wahllokale gesagt: Wir haben für Poroschenko gestimmt, damit dieses Chaos endlich endet. [...]

Ilja Ponomarjow bei Livejournal.com, 28. Mai 2014, <<http://ilya-ponomarev.livejournal.com/639405.html>>

Alexej Nawalnyj: Wahlen in der Ukraine: Legitimität und hervorragende Chance

»Das wichtigste Ergebnis der gestrigen Wahlen in der Ukraine ist selbstverständlich das Entstehen einer legitimen politischen Führung. Dieser Gedanke mag einen nicht durch Tiefgang umwerfen (genau hierzu werden ja in normalen Ländern Wahlen abgehalten); das Volk in der Ukraine stand aber vor keiner trivialen Aufgabe. Die Wahlen mussten unter Bedingungen stattfinden, bei denen:

- a) zwei Monaten zuvor ein Revolution stattgefunden hatte;
- b) das Land eine große Region verloren hat;
- c) in zwei anderen Regionen Bürgerkrieg herrscht (vielleicht in einer embryonalen Phase, aber mit realen Opfern);
- d) das Nachbarland, das viel größer und fortgeschrittener ist, sich sehr bemüht, die Wahlen zum Scheitern zu bringen;
- e) der entmachtete ehemalige korrupte Führer gemeinsam mit ähnlichen Korruptionären aus Russland Unruhen und Gewalt finanziert. [...]

Unter diesen Umständen hat Poroschenko mit 54 % gewonnen. [...]

Was bedeutet das für Russland?

Ich denke, dass sowohl die erfolgreichen Wahlen als auch die Legitimität der politischen Führung in der Ukraine, dass das alles für Russland sehr gut ist. Wir brauchen kein instabiles Land in unserer Nachbarschaft. Wir brauchen keinen Trash und keine Hölle an den Grenzen, Flüchtlinge, Militär, Bärtige mit MP, all das. [...]

Das wahre strategische Interesse Russlands in der Ukraine lautet, dass jeder den anderen in Ruhe lassen möge und jedem die Möglichkeiten gegeben werde, den eigenen Wünschen gemäß zu leben. Damit sie problemlos unser Gas und andere Waren kaufen. Und unsere Exporte nicht behindern. Wer Russisch sprechen will, der soll es sprechen, wer es nicht will, der spricht es eben nicht. Dem einen gefällt Moskau, dem anderen Warschau. Manche essen gefüllten Fisch, die anderen [ukrainischen] Speck. Wer will, fährt zum Urlaub auf die Krim, wer nicht will, nach Odessa. Politiker debattierten mit einander und wenn es dann gilt festzustellen, wer der »coolere« ist, und eine Regierung zu bilden ist, ziehen alle in faire Wahlen. [...]

Alexej Nawalnyj, bei navalny.com, 26. Mai 2014, <http://navalny.com/blog/2014/05/26/post_3598.html>

Andrej Illarionov: Eine vernichtende Niederlage Wladimir Putins in der Ukraine

»Das wichtigste Ergebnis der Wahlen in der Ukraine ist nicht die Tatsache, dass Poroschenko zum Präsidenten gewählt wurde.

Und auch nicht, dass der ukrainische Präsident zum ersten Mal bereits im ersten Durchgang gewählt wurde. Und nicht einmal, dass Julia Timoschenko eine ernsthafte Niederlage einstecken musste, die daran zweifeln lässt, dass sie zukünftig am politischen Leben in der Ukraine in einer führenden Rolle teilnehmen wird.

Das wichtigste Ergebnis gestriger Präsidentschaftswahlen ist nämlich der faktische und juristische Tod des putinschen Mythos von einer sogenannten ›Spaltung‹ der Ukraine in die westlichen und zentralen sowie die südlichen und östlichen Landesteile, in Westerlinge und Russischsprachige, in ›Bandera-Regime‹ und ›Neurussland‹.

Es ist das Begräbnis von Putins Plan zur Aufteilung der Ukraine.

Es ist der endgültige Abschluss einer zwanzigjährigen Ära der ›Ukrainisierung‹, der wichtigen Etappe auf dem Weg zu einer Westorientierung und Europäisierung der Ukraine [...].

Zum ersten Mal in zwei Jahrzehnten wurde das Staatsoberhaupt der unabhängigen Ukraine nicht durch die Stimmen von Bewohnern der Ostukraine gegen die Stimmen aus der Westukraine gewählt, und auch nicht durch die Stimmen der Westukrainer gegen die aus dem Osten.

Zum ersten Mal wurde Präsident der Ukraine mit Stimmen der ganzen Ukraine, Stimmen der Bewohner aller großen ukrainischen Makroregionen gewählt. [...]

Andrej Illarionov bei [livejournal.com](http://aillarionov.livejournal.com), 26. Mai 2014, <<http://aillarionov.livejournal.com/689068.html>>

Witalij Tretjakow: Über die »Anerkennung der Wahlen« in der Ukraine seitens Russlands

»Kurz gesagt soll man einer einfachen Logik folgen: Höre, was der Westen von Russland verlangt, und tue genau das Gegenteil. Denn der Westen verlangt von Russland immer das, was er braucht, und zugleich das, was für Russland von Nachteil wäre. Außerdem beginnt nun die übliche ukrainische Erpressung: Wenn ihr unsere Wahlen anerkennt, bezahlen wir auch unsere Gasschulden. Natürlich werden sie uns über's Ohr hauen und nicht zahlen. Sie werden die ›Rückgabe der Krim‹ etc. verlangen. Wovon Poroschenko praktisch schon gesprochen hat.

Juristisch gesehen wurden die vergangenen Wahlen in der Folge eines Staatsstreichs abgehalten, d. h. es gibt voll auf Gründe dafür, sie nicht anzuerkennen. Und Präsident Janukowytsch verfügt ja auch noch über seine juristischen Rechte und seinen Status.

›Präsident Poroschenko‹ hat anscheinend die Mehrheit der Stimmen bekommen, aber der Urnengang fand einerseits in einer völlig undemokratischen Situation bei aktiver Einmischung ausländischer Staaten in die inneren Angelegenheiten der Ukraine statt und stellt nicht die Meinung aller Wähler der Ukraine dar, und zweitens, wichtiger noch: Der ›Quasi-Präsident‹ hat einen Teil des Territoriums seines Landes nicht unter seiner Kontrolle; er kontrolliert weder die offizielle Sicherheits- und Sonderbehörden der Ukraine noch die organisierten, bewaffneten (Von wem? Auf welcher Rechtslage? Wem unterstellt? Von wem versorgt?) Formationen von Privatpersonen und unbekanntem Organisationen; er hat (bis jetzt) die Strafaktionen sowie die politischen und physischen Repressionen gegen die Bevölkerung der östlichen Gebiete der Ukraine nicht beendet. Schon als ›Präsidenten-kandidat ist er mehrfach mit groben Ausfällen und haltlosen Anschuldigungen gegenüber Russland aufgetreten. Vielmehr demonstrierte er insgesamt dieselbe Haltung wie die meisten anderen Kandidaten, das Bestreben einer fortgesetzten und verstärkten Ukrainisierungspolitik gegen russische Bürger der Ukraine sowie eines NATO-Beitritts der Ukraine. Russland hat die Ergebnisse der Referenden in den Gebieten Donezk und Luhansk nicht offiziell anerkannt. Symmetrisch gesehen gibt es keinen vernünftigen Grund, nun anders auf die Tatsache und die Ergebnisse der Abstimmung vom 25. Mai zu reagieren. [...]

Witalij Tretjakow bei [livejournal.com](http://v-tretyakov.livejournal.com), 26. Mai 2014, <<http://v-tretyakov.livejournal.com/1215385.html>>

Ilja Wasjunin: Immerhin steht Kandidat »für die Abschaffung der russischen Sprache« Ljaschko auf Platz Drei

»Da hat eine Reihe von Beobachtern nach den ukrainischen Wahlen aufs heftigste ›Putinsche Propaganda‹ enthüllt (http://navalny.com/blog/2014/05/25/post_3597.html), während andere vom ›Sieg des Antifaschismus in der Ukraine‹ schreiben (<https://www.facebook.com/avigdor.eskin/posts/10203020435024127>). Ich muss meinerseits zugeben, dass ich die Diskussionen um anderthalb Prozent für den Kandidaten Jarosch nicht wirklich nachvollziehen kann, da doch der Kandidat ›für die Abschaffung der russischen Sprache‹ Ljaschko immerhin auf Platz Drei kam.

Mag Poroschenko auch seine fünfzig Prozent bekommen haben; im Jahr 2010 hat Herr Janukowytsch bekanntlich in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen einen fairen Sieg errungen (wo ist er nun). Mit anderen Worten: Die fünfundfünfzig Prozent von Poroschenko können also in einem halben Jahr zu fünfzehn Prozent werden, und nach anderthalb Jahren wird wieder eine vorbestrafte junge Frau von ›Swoboda‹ auf dem Maidan ein Gedicht über ›Seife aus Juden‹ vortragen. Dies wurde wohl nicht bestraft und wird es auch jetzt nicht. Genauso wenig eine Strafe gibt es wegen des im Januar am Eingang des Büros der KPU zu Tode geprügelten Rentners (wenn ich da etwas verpasst habe, korrigieren Sie mich).

Das Wichtigste aber: Für einen Regimewechsel ist die Meinung dieser fünfundfünfzig Prozenten gar nicht nötig, entscheiden wird sowieso der Kandidat Jarosch.«

Ilja Wajunin, bei besttoday.ru, 26. Mai 2014, <<http://besttoday.ru/subjects/1954.html#66005>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Mehr als ein Jahr »Agenten«-Jagd – eine Art Zwischenbericht

Jens Siegert, Moskau/Berlin

Vor gut einem Jahr, im März 2013 begann die russische Generalstaatsanwaltschaft die große Agentenjagd. Zwischen März und Mai wurden etwa 700 NGOs, wie es so schön euphemistisch hieß, daraufhin »überprüft«, ob sie »die Gesetze einhalten«. Gut 60 NGOs erhielten daraufhin staatsanwaltschaftliche Bescheide. 40 wurden »gewarnt«, sie könnten möglicherweise das geänderte NGO-Gesetz brechen und sollten sich besser als »Agenten« registrieren lassen. Etwa 20 NGOs traf es härter. Ihnen wurde vorgeworfen, das Gesetz bereits gebrochen zu haben. Die Staatsanwaltschaft wies sie an, sich umgehend als »Agenten« beim Justizministerium registrieren zu lassen. Außerdem bekamen in den meisten Fällen sowohl die Direktoren, Vorsitzenden oder Präsidenten der NGOs als auch die Organisationen selbst Strafbefehle über 300.000 (die Menschen) oder 500.000 Rubel (die Organisationen).

Die NGOs setzten sich auf unterschiedliche Weise zur Wehr. Die meisten klagten gegen die Bescheide. Einige wenige lösten sich auf. Einige, die keine Bescheide bekommen hatten, klagten gegen die Prüfungen selbst. Eine Gruppe von NGOs legte als »potentielle Geschä-

digte« Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ein. Eine NGO sammelte Geld, zahlte die Strafe für den Direktor und löste sich dann auf. Aber keine einzige NGO ging bis heute zum Justizministerium und ließ sich als »Agent« registrieren.

Auch die Gerichtsverfahren verliefen unterschiedlich. Viele wurden in erster Instanz gewonnen, weil die Begründungen der Staatsanwälte selbst russischen Gerichten zu dünn waren. Ganz kurz gesagt, hatten die meisten Staatsanwälte jedwede öffentliche Äußerung oder Auftreten als »politisch« eingestuft, was, zusammen mit auch nur geringster Finanzierung aus ausländischen Quellen dem Gesetz nach die Pflicht zur »Agenten-Registrierung« nach sich zieht. Dem schlossen sich viele Gerichte nicht an.

Zahlreiche Prozesse gingen in die zweite Instanz. In den allermeisten Fällen gibt es bis heute keine letztinstanzlichen Urteile, auch weil Richter immer wieder die Verhandlungen aus den verschiedensten Gründen verschieben. Vielen NGO-Vertreter drängt sich der Eindruck auf, dass die Gerichte auf ein deutliches Signal »von oben« warten, wie denn nun letztlich zu urteilen sei.

Immerhin hat sich im April das Verfassungsgericht mit dem NGO-Gesetz befasst. Doch auch dessen Entscheidung hat nicht wirklich zu Klarheit geführt. Zwar hat das Verfassungsgericht den »Agenten«-Passus des NGO-Gesetzes grundsätzlich für rechtmäßig erklärt, aber ein paar Hürden bei der Bewertung dessen gesetzt, was denn nun als »politisch« einzustufen sei. Außerdem hat es einige Urteile niedrigerer Instanzen bestätigt, dass Direktoren oder Vorsitzende von NGOs sehr wohl als Privatpersonen politisch einmischen dürfen. Einige Staatsanwälte hatten diese Trennung von Staatsbürgern und Funktionsträgern aufgehoben und so praktisch durch die Hintertür versucht, ein Politikverbot für alle leitenden NGO-Aktivisten einzuführen.

Insgesamt jedoch brachte auch die Verfassungsgerichtsentscheidung keine wirkliche Klarheit. Ein gutes Jahr nach der großen »Prüfungswelle« im Frühjahr 2013, als viele schon den Untergang der unabhängigen russischen NGO-Szene voraussagten, leben die meisten also immer noch, machen weiter ihre Arbeit, auch wenn seither nicht unerhebliche Ressourcen zum Selbstschutz aufgewandt werden müssen. Fast könnte man meinen, es sei wie 2001/2002 und 2005/2006 bei den ersten beiden großen staatlichen Kampagnen zur Disziplinierung der unabhängigen NGOs: Zwar ist das NGO-Leben nach neuen Gesetzen schwieriger geworden, aber eben nicht unmöglich. Ganz so ist es jedoch nicht.

Es stimmt, das große NGO-Schlachten hat nicht stattgefunden, aber der Druck ist weiterhin hoch. Die Überprüfungen gingen das ganze Jahr über weiter, wenn auch nicht so intensiv und demonstrativ wie im vergangenen Frühjahr. Einigen NGOs wurde durch Gerichte vorgeschrieben, sich als »Agenten« registrieren zu lassen und sie konnten sich dem nur durch Selbstauflösung entziehen. Das bekannteste Beispiel ist das Antidiskriminierungszentrum Memorial aus St. Petersburg (ich habe hier darüber geschrieben: <<http://russland.boellblog.org/2013/12/15/ein-jahr-ngo-agentengesetz-zustandsbeschreibung-und-zwei-erklarungen-von-memorial/>>). Viele andere befinden sich in einem manchmal verzweifelten Abwehrkampf. Dabei zeigt sich, dass mitunter auch russische Staatsanwälte lernfähig sind.

Als Beispiel einer neuen Strategie möchte ich den Fall der »Frauen des Don« vorstellen. Diese mehr als 20 Jahre alte NGO aus Nowotscherkassk kümmert sich, wie der Name sagt, um die Rechte und Belange von Frauen in Südrussland, aber auch im gesamten Nordkaukasus. In Nowotscherkassk, einer für russische Verhältnisse kleinen Stadt von rund 170.000 Einwohnern sind die »Frauen des Don« die bei weitem bekannteste und angesehenste NGO. Schon bei der ersten Repressionswelle im vorigen Frühjahr zogen sie die besondere Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf sich. Sie waren unter den

etwa 20 NGOs, denen schon vor einem Jahr vorgeworfen wurde, sie seien »Agenten« und hätten sich als solche zu registrieren. Zudem sollte die Organisation selbst 500.000 Rubel (damals etwa 12.000 Euro, heute gut 10.000) zahlen, die Direktorin Walentina Tscherewatenko 300.000 (entsprechend rund 7.500 Euro damals und knapp 6.000 Euro heute).

Die »Frauen des Don« wehrten sich wie alle anderen, durch Öffentlichkeit, vor allem aber vor Gericht, jedoch bisher nur mit aufschiebendem Erfolg. Erinstanzlich ist die Organisation verurteilt worden, sich als »Agent« registrieren zu lassen. Zwar steht eine letztendliche Entscheidung noch aus, aber niemand kann voraussagen, wie es ausgeht. Die beteiligten Juristen sind eher skeptisch.

Doch nicht das Agentengerichtsverfahren macht die größten Sorgen. Eine endgültige Niederlage wäre zwar schmerzlich, aber wie in anderen Fällen auch, ließen sich zur Fortsetzung der Arbeit andere Möglichkeiten finden. Das wäre schwierig, geht nicht für alle NGOs gleich gut und würde viel Kraft und wohl auch Geld kosten, aber der russische Staat (wie viele andere auch) unterschätzt (gottseidank! möchte ich hinzufügen) den Eigensinn von NGOs und denen, die sie gründen und in ihnen arbeiten.

Wirklich gefährlich ist ein gleichzeitiges Strafverfahren, das die Staatsanwaltschaft gegen Walentina Tscherewatenko vorbereitet. Sie soll einen Strafgefangenen, den sie im Lager besucht hat, weil er um Unterstützung gebeten hatte, dazu angestiftet haben, einen Aufstand in der Strafkolonie zu organisieren. Das behauptet jedenfalls dieser Strafgefangene. Und obwohl es nichts als die Aussage des Häftlings gibt und sogar die entlastende Aussage eines bei dem Gespräch anwesenden Zeugen, nichts dergleichen habe es gegeben, hält die Staatsanwaltschaft die Beschuldigung aufrecht und das Gericht scheint ihr zu glauben. Es handelt sich ganz offensichtlich um einen nur kaum verdeckten Versuch, Walentina Tscherewatenko gefügig zu machen.

Ähnliche Versuche unternehmen Staatsanwälte in anderen Regionen. So ermitteln sie zum Beispiel in Perm gegen eine NGO und Beamte wegen angeblicher Korruption bei der Vergabe von staatlichen Zuwendungen an NGOs aus dem Topf, den Präsident Putin vor einem Jahr zur Verfügung stellen ließ. (Letzteres erfolgte, ließe sich vermuten, weil die Kritik am Agenten-Passus des NGO-Gesetzes anscheinend zu stark wurde, vielleicht aber auch, weil viele NGOs ja durchaus nützliche Funktionen erfüllen und es letztlich doch besser ist, sie unter Kontrolle zu haben als gar nicht.

In anderen Regionen werden andere Gesetze zu Rate gezogen, um gegen NGOs vorzugehen. Brandschutz, Arbeitsschutz und Hygieneverordnungen sind da

die Klassiker. Aber auch auf ausgefalleneren Ideen kommen Staatsanwälte. So wird gegenwärtig in Moskau bei Memorial untersucht, ob die Organisation das Archivgesetz einhält. In St. Petersburg wagen es NGOs nicht mehr, Teilnehmerlisten zu führen (was viele Geberorganisationen fordern), weil das in mehreren Fällen staatsanwaltschaftlich als möglicher Verstoß gegen den Datenschutz gerügt wurde.

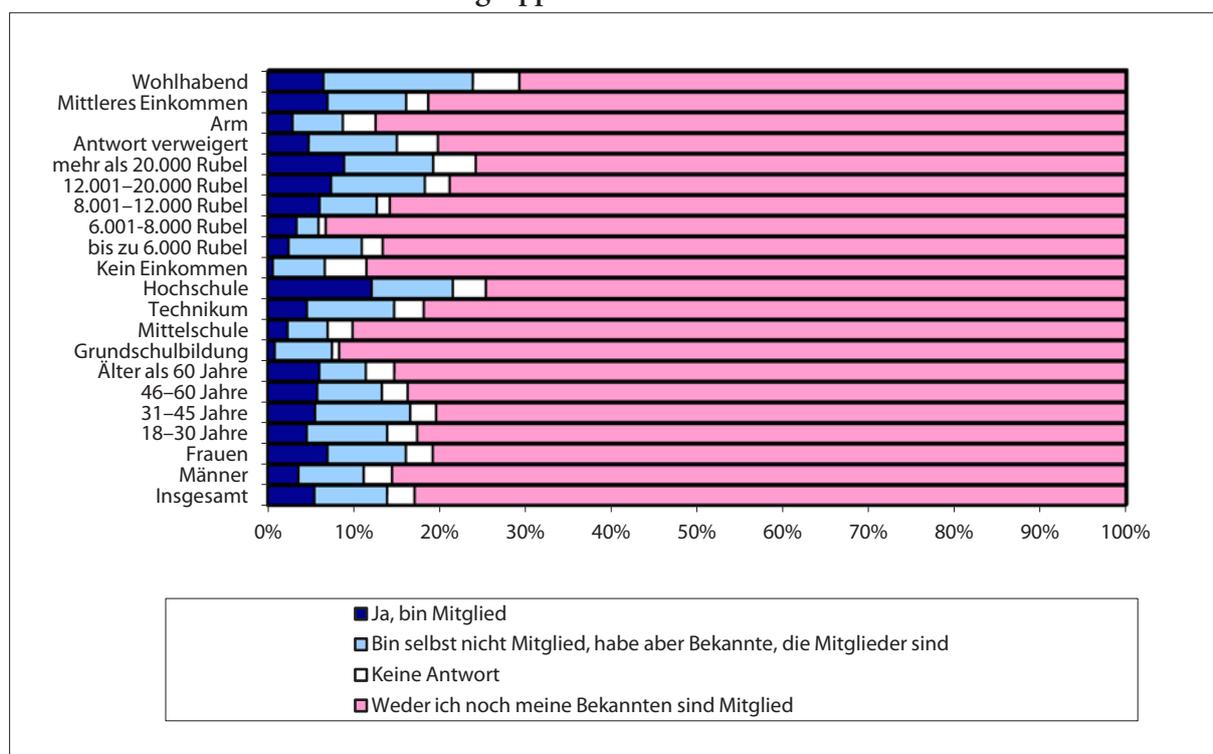
Dem Krenl scheint dieses Hin und Her, das Katz- und Mausspiel zwischen Staat und NGOs nun aber doch zu mühselig. Ende Mai hat der Föderationsrat einer vorher schon von der Duma beschlossenen Änderung des NGO-Gesetzes zugestimmt. Sobald Präsident Putin das Gesetz unterschrieben hat, erhält das Justizministerium das Recht, NGOs auch gegen ihren Willen in die staatliche Agentenliste einzutragen. Zwar bleibt den NGOs das Recht, dagegen vor Gericht zu klagen.

Das hat aber keine aufschiebende Wirkung. Bis zum Gerichtsentscheid wären sie dann verpflichtet, sich bei allen öffentlichen Äußerungen als »Agent« kenntlich zu machen. Das wiederum dürfte für die allermeisten NGOs unannehmbar sein. Es bliebe dann nur die Wahl zwischen Selbstauflösung oder öffentlicher Enthaltensamkeit. Die gerichtliche Prüfung kann aber, das zeigen die gegenwärtigen Prozesse um das »NGO-Agentengesetz«, sehr lange dauern.

Während NGOs früher, bei aller Pression, wenn auch am Rande, Teil eines ganz eigenen »russischen Pluralismus« waren, so werden sie nun mehr und mehr ausgegrenzt.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 22: Sind Sie selbst oder einer Ihrer Bekannten Mitglied einer gesellschaftlichen Organisation oder einer Initiativegruppe?



Quelle: Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) unter Einwohnern kleiner und mittlerer Städte über 18, 17. Februar – 3. März 2014, in 51 Regionen <<http://soc.fom.ru/obshchestvo/11521>, 2. Juni 2014>

22. Mai – 5. Juni 2013

22.05.2014	Im Rahmen des Zielprogramms »Stärkung der Einheit der russischen Nation und der ethnokulturellen Entwicklung der Völker Russlands« werden 23 Nichtregierungsorganisationen mit Beträgen in einer Gesamthöhe von 8 Mrd. Rubel (ca. 168 Mio. €) gefördert. Die NGOs wurden in einem Wettbewerb ausgesucht.
23.05.2014	Das Strafverfolgungskomitee führt Razzien bei Konstantin Jankauskas, Nikolaj Ljaskin und Wladimir Aschurkow durch, die alle als Unterstützer des Oppositions-Aktivisten Alexej Nawalnyj bekannt sind. Ihnen wird die Veruntreuung von Spendengeldern für den Wahlkampf Nawalnyjs bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen im Herbst 2013 vorgeworfen.
23.05.2014	Auf der Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit bezeichnet Außenminister Sergej Lawrow die »bunten Revolutionen« als Gefahr für die Stabilität auf der Welt.
23.05.2014	Präsident Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach Pläne zur Wasserversorgung und von Eisenbahnknotenpunkten von Großstädten über 200.000 Einwohner in Zukunft der Geheimhaltung unterliegen.
23.05.2014	Sicherheitskräfte töten bei einer Anti-Terror Operation in Baksan (Kabardino-Balkarien) vier Untergrundkämpfer. Dabei wird ein Labor zur Herstellung von Sprengstoff entdeckt.
23.05.2014	Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg (22.–24.5.2014) ruft Präsident Putin die EU-Staaten auf, ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland zu unterzeichnen. Die Sanktionen des Westens würden sich zwar negativ auswirken, hätten bisher keine systemische Auswirkungen für die russische Wirtschaft.
23.05.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht weist das Menschenrechtszentrum »Memorial« an, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren. »Memorial« hatte gegen eine entsprechende Auflage der Staatsanwaltschaft bei Gericht Einspruch eingelegt.
23.05.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, wonach bei Kommunalwahlen die Option, »Gegen alle« zu stimmen, wieder eingeführt wird. Wenn mehr Wähler »Gegen alle« stimmen als für einen der Kandidaten, wird die Wahl für ungültig erklärt.
24.05.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Malgobek (Inguschetien) werden fünf Untergrundkämpfer getötet, darunter der Anführer der Kämpfer in Inguschetien, Artur Gatagashew (»Emir Abdullah«).
24.05.2014	Präsident Putin trifft in St. Petersburg mit Vorsitzenden weltweiter Informationsagenturen zusammen. Dabei erklärt er, die Behauptung, Russland wolle die UdSSR wiederherstellen, sei ein Instrument des Informationskriegs. Im Rahmen des Wirtschaftsforums trifft Putin zudem mit Vorsitzenden russischer und ausländischer Energieunternehmen zusammen; dabei werden mehrere Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet.
24.05.2014	Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande bitten Präsident Putin um ein gemeinsames Telefonat. Dabei wird die Situation in der Ukraine erörtert, die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sowie die Regulierung des Konflikts um die ukrainischen Erdgasschulden.
25.05.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht die Krim. Er besichtigt u. a. die Abteilung der Migrationsbehörde in Sewastopol, die russische Pässe ausstellt, und empfängt Bürger, die der Partei »Einiges Russland« angehören. In den folgenden Tagen steht die Entwicklung von Sommerlagern für Kinder auf dem Programm.
25.05.2014	Präsident Putin besucht das Finale der Eishockey-Weltmeisterschaft zwischen Finnland und Russland in Minsk (Belarus). Russland gewinnt mit 5:2.
26.05.2014	In der Ukraine werden die vorläufigen Endergebnisse der Präsidentschaftswahlen veröffentlicht. Petro Poroschenko gewinnt mit 54,2% im ersten Wahlgang. Die OSZE erklärt, die Wahlen seien im Einklang mit internationalen Normen erfolgt und hätten den demokratischen Kurs der Ukraine bestätigt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland die Willensäußerung des ukrainischen Volkes respektieren werde.
26.05.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Konstantin Schirschow, einen Duma-Abgeordneten der Kommunistischen Partei, wegen des Versuchs, ein Abgeordnetenmandat für 6,5 Mio. € an einen Unternehmer zu verkaufen, zu fünf Jahren Haft.
27.05.2014	Präsident Putin unterzeichnet Gesetze, die die Wahl zur gesetzgebenden Versammlung auf der Krim und in Sewastopol von 2015 auf September 2014 vorverlegen. Zudem wird das Datum, ab dem auf der Krim die ukrainische Griwna nicht mehr als Zahlungsmittel benutzt werden kann, vom 1.1.2016 auf den 1.6.2014 vorverlegt.
27.05.2014	In Inguschetien wird der Ausnahmezustand aufgehoben, der im September 2013 im Rahmen der Terrorbekämpfung für die Regionen Malgobek, Sunsha und Nasran verhängt worden war.

28.05.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht erlässt auf Ersuchen der Strafverfolgungsbehörden gegen einen weiteren Verdächtigen im »Bolotnaja-Fall« einen Haftbefehl: Der 31-jährige Dmitrij Ischewskij wird beschuldigt, am 6. Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz Gewalt gegen Polizeibeamte angewendet zu haben und bleibt in Untersuchungshaft.
28.05.2014	Außenminister Frank-Walter Steinmeier führt ein Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine nach der Präsidentschaftswahl. Lawrow betont, die »Strafoperationen« der Ukrainischen Sicherheitskräfte im Osten der Ukraine müssten eingestellt werden.
29.05.2014	Präsident Putin und seine Amtskollegen Alexander Lukaschenka (Belarus) und Nursultan Nasarbajew (Kasachstan) beschließen in Astana die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion zum 1. Januar 2015, die einen freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften vorsieht. An dem Treffen nehmen auch der armenische Präsident Serzh Sargsjan und der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew teil, die einen Beitritt anstreben.
29.05.2014	Eine Sprecherin der Organisation für Atomenergie des Iran teilt mit, dass Russland und Iran übereingekommen seien, in der iranischen Provinz Buschehr zwei weitere Atomkraftwerke mit einer Leistung von jeweils 1.000 Megawatt zu errichten.
29.05.2014	Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Putin, erklärt, dass Russland der Bevölkerung in der Ostukraine humanitäre Hilfe zukommen lasse.
30.05.2014	In der Region Altaj und in der Republik Altaj kommen bei Überschwemmungen acht Personen ums Leben. In der Republik Altaj wird auf Grund der Hochwasserlage der Ausnahmezustand ausgerufen. Wladimir Putschow, Minister für Katastrophenschutz, trifft am Abend in der Region Altaj ein.
30.05.2014	Präsident Putin entlässt Rustem Chamitow, das Oberhaupt der Republik Baschkortostan, und Walerij Schanzew, den Gouverneur des Gebietes Nishnij Nowgorod, vorzeitig aus ihren Ämtern. Beide werden im September bei vorgezogenen Neuwahlen kandidieren.
30.05.2014	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Magomed Rasulow wegen Angriffs auf einen Polizeibeamten beim Moskauer Matwejewskij-Markt im Sommer 2013 zu 18 Jahren Haft, seine Ehefrau Chalimat Rasulowa wegen Mitäterschaft zu 12,5 Jahren Haft. Die Rasulows hatten versucht, die Festnahme eines Verwandten zu verhindern.
30.05.2014	Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der Republik Tschetschenien, reagiert auf ukrainische Medienberichte, im Osten der Ukraine würden tschetschenische Sondereinheiten operieren. Kadyrow erklärt, es seien nur 14 Tschetschenen in der Ostukraine an den Kämpfen beteiligt.
31.05.2014	Katastrophenschutzminister Wladimir Putschow verhängt wegen der Hochwasserlage in der Region Altaj und den Republiken Altaj und Chakassien den Ausnahmezustand.
31.05.2014	Präsident Putin entlässt Wladimir Mikluschewskij, den Gouverneur der Region Primorje, vorzeitig aus seinem Amt. Er wird bei vorgezogenen Neuwahlen im September kandidieren.
31.05.2014	Auf dem Moskauer Triumphalnaja-Platz findet nach fünf Jahren erstmals eine genehmigte »Strategie-31«-Demonstration für die Versammlungsfreiheit statt. Eduard Limonow, Vorsitzender von »Anderes Russland«, kritisiert in einer Rede vor ca. 300 Personen die USA, die EU und die Ukraine, die einen Krieg zwischen den Völkern anzetteln würden. In St. Petersburg werden bei einer nicht genehmigten »Strategie-31«-Versammlung sechs Personen festgenommen.
31.05.– 01.06.2014	Im Terskij-Rayon (Gebiet Murmansk) stürzt ein Hubschrauber vom Typ Mi-8 in einen See. 12 Passagiere und vier Besatzungsmitglieder kommen ums Leben. Zwei Personen überleben das Unglück. Unter den Opfern sind der stellvertretende Gouverneur des Gebiets Murmansk, Sergej Skomorochow, der Generaldirektor des Unternehmens »Apatit« und mehrere hochrangige Beamte der Gebietsregierung.
01.06.2014	Auf der Halbinsel Krim wird die ukrainische Griwna als Zahlungsmittel vollständig durch den russischen Rubel ersetzt.
01.06.2014	Alexander Ankwab, Präsident der von Russland unterstützten und als unabhängiger Staat anerkannten georgischen Region Abchasien, tritt nach massiven Protesten von seinem Amt zurück. Die Volksversammlung Abchasiens hatte am Vortag Neuwahlen für den 24. August beschlossen. Walerij Bganba, Sprecher der Volksversammlung, übernimmt kommissarisch das Amt des Präsidenten.
02.06.2014	Präsident Putin ordnet an, die russischen Geschichtsbücher um Informationen über die Rolle der Krim in der Geschichte des Russischen Reiches, der Sowjetunion sowie des heutigen Russland zu ergänzen.

02.06.2014	Bei einem Doppelschlag auf eine Militärkolonne sowie die anschließend eintreffende Polizei werden im Rayon Sunsha (Inguschetien) zwei Soldaten und vier Polizisten zum Teil schwer verletzt. Ein Soldat erliegt seinen Verletzungen. Der Anschlag wird als Vergeltung auf die vor zehn Tagen erfolgte Tötung von Artur Gatagashew (Emir Abdullah), dem Anführer der Untergrundkämpfer in Inguschetien, gesehen.
02.06.2014	Der abchasische Ministerpräsident Leonid Lakerbaja tritt von seinem Amt zurück. Wladimir Delba, Finanzminister der abtrünnigen georgischen Provinz, übernimmt kommissarisch die Amtsgeschäfte.
03.06.2014	Das Strafverfolgungskomitee eröffnet ein weiteres Verfahren wegen der Teilnahme an den Zwischenfällen auf dem Bolotnaja-Platz im Mai 2012. Beschuldigt wird Oleg Melnikow.
03.06.2014	Finanzminister Anton Siluanow gibt bekannt, dass Russland und China eine gemeinsame Ratingagentur einrichten werden. Diese würde gemeinsame Projekte bewerten, in der Perspektive aber auch Dienstleistungen für andere Länder anbieten.
03.06.2014	Präsident Putin empfängt in Sotschi die neue Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Krim, das russische Strafvollzugssystem sowie die russische Zivilgesellschaft.
03.06.2014	Präsident Putin nimmt den vorzeitigen Rücktritt von Nikolaj Merkuschkina, dem Gouverneur des Gebietes Samara, entgegen. Merkuschkina, dessen Amtszeit im Mai 2017 ausgelaufen wäre, will sich im September zur Wiederwahl stellen.
04.06.2014	Im Rayon Kisljar (Dagestan) werden bei Kampfhandlungen zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern der mutmaßliche Anführer der Kämpfer in Babajurt getötet und ein Soldat verletzt.
04.06.2014	Präsident Putin setzt durch seine Unterschrift ein Gesetz in Kraft, das dem Justizministerium das Recht gibt, nach eigenem Ermessen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in das Register für »ausländische Agenten« aufzunehmen. Die Entscheidungen des Justizministeriums können gerichtlich angefochten werden.
04.06.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee richtet eine Sonderabteilung zur Untersuchung der Ereignisse in der Ukraine ein. Diese soll »Verbrechen ukrainischer Soldaten gegen die Zivilbevölkerung« untersuchen.
04.06.2014	Wassilij Golubew, Gouverneur des Gebietes Rostow, verhängt in 15 Rayons, die unmittelbar an die Ukraine angrenzen, den Notstand. Grund seien Flüchtlinge aus dem Südosten der Ukraine, die in Notunterkünften untergebracht werden müssten. Pawel Astachow, Beauftragter für Kinderrechte beim Präsidenten, besucht die Region und Aufnahmezentren für Flüchtlinge und erklärt später, über achttausend ukrainische Staatsbürger seien im Laufe des Tages im Gebiet Rostow eingetroffen.
05.06.2014	Der Minister zur Entwicklung des russischen Fernen Ostens Aleksandr Galuschko gibt bekannt, dass die nordkoreanischen Behörden Visaerleichterungen für russische Investoren und Mitarbeiter russischer Unternehmen in Nordkorea einführen sowie deren Handynutzung und Internetzugang ermöglichen.
05.06.2014	Präsident Putin nimmt den vorzeitigen Rücktritt des Petersburger Gouverneurs Georgij Poltawtschenko entgegen. Poltawtschenko, dessen Amtszeit im August 2016 ausgelaufen wäre, will sich im September zur Wiederwahl stellen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>